

### 1. Erste Säuberung

Um die 1936 begonnene Entwicklung voranzutreiben, entschloß sich Heinrich Himmler am 11. März 1937, seinem „Ahnenerbe“ eine neue Satzung zu geben. Das formaljuristische Dokument war als Ordnungsmittel gedacht; es sollte auf behutsamem Wege erreichen, was durch eine rücksichtslose Anwendung SS-gemäßer Machtmethoden nur unter großem Aufsehen hätte geschafft werden können: die endgültige Entfernung der „Fremdkörper“ Darré und Wirth einerseits und die Stärkung der Positionen Himmlers und seiner Vertreter andererseits. Dies lief auf eine Festigung des nationalsozialistischen Führerprinzips im „Ahnenerbe“ hinaus, ohne daß der Verein mit dem SS-Apparat nun völlig gleichgeschaltet worden wäre.

Der Einfluß Reischles, Kinkelins und Metzners wurde eingeschränkt,\* indem die Kommission für Schrifttum, in der sie vorher prominent gewesen waren, praktisch stillgelegt und das Präsidium, das sie beherrscht hatten, abgeschafft wurde<sup>1</sup>. Die Freunde Darrés blieben nach März 1937 zwar weiterhin im „Ahnenerbe“, hatten formal auch gewisse Ämter inne, doch der Schwerpunkt verlagerte sich seither mehr und mehr von ihrem Wirkungsbereich auf den der Interessenvertreter Himmlers — Sievers, Galke und Wüst.

Seiner tatsächlichen Funktion im „Ahnenerbe“ entsprechend, wurde Walther Wüst anstelle Herman Wirths von Himmler nun zum neuen Präsidenten des Vereins ernannt; die Rechte und Pflichten des Präsidenten wurden — im Gegensatz zur ersten Satzung — klar und eindeutig definiert<sup>2</sup>. Bemerkenswert ist, daß Wüst als Präsident die Kompetenzen des Präsidiums übernahm, damit auch pro forma für die verwaltungsmäßigen Belange des Vereins in höchster Instanz verantwortlich zeichnete, obwohl seine eigentliche Aufgabe die der wissenschaftlichen Führung blieb.

Alle praktischen Aufgaben der Verwaltung fielen nun dem Ressort Wolfram Sievers' zu, dessen Amt durch Umbenennung von „Generalsekretariat“ in „Reichsgeschäftsführung“ eine offizielle Aufwertung erfuhr. Sievers war zwar noch „in allen Verwaltungsangelegenheiten sowie in allen Organisationsfragen, die geldliche Auswirkungen“ hatten, dem Sonderbeauftragten des Reichsführers-SS, Bruno Galke, unterstellt<sup>3</sup>, jedoch befaßte sich Galke künftig nur noch mit finanztechnischen Dingen im Rahmen einer Stiftung, so daß Sievers sich der Administration des Vereins ungehindert widmen konnte, zumal Wüst sich dafür überhaupt nicht interessierte. Fortan war für jeden Mitarbeiter des „Ahnenerbes“ die „Einhaltung des Dienstweges“ — in allen Angelegenheiten über Sievers zu Wüst oder Himmler — das wichtigste Gesetz seines Handelns<sup>4</sup>. Da, wie sich bald herausstellte, auf dem „Dienstwege“ alle Fäden im „Ahnenerbe“ zu Sievers liefen, bedeutete dies für den jungen Reichsgeschäftsführer nicht nur höhere Verantwortung, sondern auch größere Machtfülle, die er bald zu seinem Vorteil zu nutzen verstand.

Heinrich Himmler gewann durch die Satzungsänderungen vom März 1937 am meisten. Der ohnehin gefestigten Stellung des Ersten Kurators wurde dokumenta-

risch ein noch stärkerer autoritärer Charakter verliehen: der Kurator war in Zukunft weder von der Wahl durch die Gründer noch von einer Neubestellung durch das Kuratorium abhängig, was vorher zwei – wenn auch nur theoretische – Bedingungen gewesen waren<sup>5</sup>. Nun wurde er „alleiniges Aufsichtsorgan der Gemeinschaft“<sup>6</sup>. Nur er war zur Vornahme von Satzungsänderungen berechtigt<sup>7</sup> – konnte also die „Verfassung“ des „Ahnenerbes“ jederzeit nach eigenem Gutdünken aufheben. Erstmals wurde die Identität zwischen Heinrich Himmler und seinem Verein auch satzungsmäßig festgelegt, indem es hieß, daß der „Vorsitzende des Kuratoriums . . . der Reichsführer-SS“ sei<sup>8</sup>. Himmler unterstrich die Wichtigkeit seiner Position noch dadurch, daß er die Mitgliederversammlung des Vereins, die ohnehin nur auf dem Papier bestanden hatte, suspendierte und ihre Rechte in aller Form übernahm<sup>9</sup>. Die Satzung, ihrer ursprünglichen Definition nach ein auf vereinsrechtlichen Grundsätzen beruhendes Ordnungsinstrument, war durch die einschneidenden Änderungen zum verlängerten Arm des Führerwillens Heinrich Himmlers geworden und verkörperte somit das totalitäre Machtprinzip schlechthin.

Als organisatorischer Wegweiser erfüllte sie jedoch auch weiterhin ihren anfänglichen Zweck, und darauf kam es Himmler schließlich an. Innerhalb des Satzungsrahmens ließ sich das passive Mitgliedswesen des Vereins nun weiter regeln – dies war insbesondere wegen der dringend benötigten Mitgliedsbeiträge von Bedeutung. Die Satzung ermöglichte auch die Einrichtung eines „Förderer- und Stifterkreises“, der auf einem Plan Walther Wüsts vom Mai 1937 beruhte und von Himmler noch im selben Monat gebilligt wurde. Der Begründung dieses Kreises mögen abermals finanzielle Erwägungen vorangegangen sein. Er sollte alle diejenigen Persönlichkeiten erfassen, die (als SS-Führer) „in hohen wichtigen Stellen der Wirtschaft, des Handels und der Industrie“ standen, ferner solche, die „bestimmte kulturpolitische Einrichtungen des Staates“ kontrollierten und so in der Lage schienen, die keimenden kulturpolitischen Absichten des „Ahnenerbes“ zu unterstützen<sup>10</sup>. Wie sehr finanzielle Argumente die Planung für das „Ahnenerbe“ damals noch bestimmten, beweist die Gründung einer „Ahnenerbe“-Stiftung in den Grenzen der Satzung, deren Ziel es unter Bruno Galkes Vorsitz war, die Forschungsgemeinschaft für alle Zeiten wirtschaftlich zu sanieren<sup>11</sup>. Im Hinblick auf die Tatsache, daß der Reichsnährstand seine finanziellen Zuwendungen weiterhin verringerte, die Gelder der passiven Mitglieder, der Schutzstaffel und der Deutschen Forschungsgemeinschaft jedoch immer noch nicht ausreichten, um die Arbeit aufrechtzuerhalten, nahm die „Ahnenerbe“-Stiftung am 15. August 1937 ihre Funktion als finanzwaltende Institution auf. Ihr wurde zunächst ein einmaliges Stammkapital von 8 000 RM zur Verfügung gestellt, das beliebig angelegt und vermehrt werden sollte<sup>12</sup>. Es setzte sich aus Schenkungen, Bankdarlehen und den Einkünften der SS-GmbH Anton Loibl (Berlin) zusammen; letztere war eine Firma, die eine Erfindung von Fahrradpedal-Rückstrahlern durch Hitlers langjährigen Chauffeur Anton Loibl wirtschaftlich verwertete<sup>13</sup>. Es ist bezeichnend für den damaligen Entwicklungsstand der SS, daß Himmler auf eine „Stiftung“ als Einkommensquelle verlief. Diese Rechtsform war bis 1938 das vom Reichsführer-SS bevorzugte Mittel zur finanziellen Förderung aller Unternehmen, die keine rein ökonomischen, sondern weltanschauliche Zwecke erfüllten und der Schutzstaffel organisatorisch nur lose angeschlossen waren. Dies traf auf das „Ahnenerbe“ ebenso zu wie auf die Externsteine und die König-Heinrich-I.-Gedächtnis-Stätte, für die Himmler am 2. Juli

1936 „zur Pflege und Erhaltung des Quedlinburger Domes“ eine Stiftung errichtet hatte<sup>14</sup>.

Der Hauptleidtragende war nach den neuen Regelungen des Jahres 1937 Herman Wirth. Er wurde nun auf den Posten eines „Ehrenpräsidenten“ abgeschoben, den es laut Satzung gar nicht gab und mit dem weder Rechte noch Pflichten verbunden waren<sup>15</sup>. Die Umbenennung des „Deutschen Ahnenerbes, Studiengesellschaft für Geistesurgeschichte“ in „Das Ahnenerbe“ am 20. März 1937 mußte den Erfinder der „Geistesurgeschichte“ besonders hart treffen<sup>16</sup>. Die institutionelle Isolierung, die der empfindliche Wirth nur schwer verschmerzen konnte, trug zu den sich ständig verschärfenden menschlichen Differenzen zwischen Wirth einerseits und Wüst, Sievers und Himmler andererseits entscheidend bei. Jeder der drei Männer besaß starke persönliche Motive dafür, die endgültige Entfernung Wirths aus dem „Ahnenerbe“ möglichst schnell zu erwirken, selbst wenn er dabei riskieren mußte, in den Geruch der Treulosigkeit zu geraten.

Himmler berief sich 1937 wie schon im Vorjahre darauf, aus Gründen der Reputation in seinem „Ahnenerbe“ keine Phantasten mehr dulden zu können, zumindest im Bereich der Geisteswissenschaften. Bis 1938 verlor Himmler jegliches Vertrauen, das er früher noch in die forschersichen Fähigkeiten Herman Wirths gesetzt haben mochte, besonders, als sich erwies, daß Wirths *Ura Linda-Chronik* auch der wohlwollendsten fachlichen Überprüfung nicht werde standhalten können. Himmler mochte in seiner Korrespondenz mit Parteifreunden zwar noch vorgeben, er sei „aus soundsovielen Dingen, die in der Ura-Linda-Chronik stehen, überzeugt, daß sie in ihrem Kern echt ist, weil sie sich mit zu vielen Dingen deckt, die ich aus mündlicher Überlieferung weiß“<sup>17</sup>. Doch mehr und mehr von inneren Zweifeln geplagt, ließ der Reichsführer seit Juli 1936 die Probe aufs Exempel machen, indem er das Manuskript dem angesehenen Germanisten Professor Dr. Otto Maußer (München, später Königsberg) zur Durchsicht anvertraute. 1938 hatte Maußer noch keinerlei Beweis für die Echtheit der Wirthschen Behauptungen erbringen können; bis 1940, seinem Todesjahr, saß er über der Arbeit, ohne weder die Chronik noch ihren Übersetzer zu rehabilitieren<sup>18</sup>.

Zur wissenschaftlichen Unfähigkeit kam Wirths eigenwillige Handhabung aller finanziellen Angelegenheiten, sowohl in Sachen des Vereins, als auch im privaten Bereich, die der in geldlichen Angelegenheiten als sehr kleinlich bekannte Himmler eher mit Stirnrunzeln als mit herablassender Großzügigkeit zu quittieren bereit war. Als Präsident mit beschränkten finanziellen Befugnissen hatte Wirth im Rechnungsjahr 1935/36 den Etat des „Ahnenerbes“ durch Verschwendungen und eine unübersichtliche Buchhaltung völlig verwirrt<sup>19</sup>. Für Himmler erwies sich der Marburger Privatgelehrte immer mehr als eine schwere wirtschaftliche Belastung, zumal er schon 1936 die Tilgung der Privatschulden Wirths bei dessen Gläubigern, darunter Hermann von Hase und Frau Merck, durch die SS übernommen hatte<sup>20</sup>. Trotz dieser Entschuldungsaktion schien es Wirth 1937 nicht möglich zu sein, mit seiner „Ahnenerbe“-Forschungsbeihilfe von rund 800 RM plus seinem Berliner Universitätsgehalt von über 700 RM monatlich auszukommen<sup>21</sup>, eine für damalige Verhältnisse sehr erstaunliche Tatsache.

Walther Wüst interessierte dies nicht sonderlich. Ihm ging es lediglich darum, von der Zusammenarbeit mit einem Mann befreit zu werden, den er für einen wissenschaftlichen Versager und dem Ansehen des „Ahnenerbes“ schädlich hielt. Ämter-

politische Gesichtspunkte werden bei Wüsts Einstellung zu Wirth auch mitgespielt haben; gerade im Frühjahr 1937 ließ Wüst sich vernehmen, Wirth sei als „übergeordnete Instanz“ im hierarchischen Gefüge des „Ahnenerbes“ für ihn „untragbar“<sup>22</sup>. Noch 1938 befand der Präsident des „Ahnenerbes“, daß Wirth seine Position als „Ehrenpräsident“ lediglich dazu ausnutze, im Verein „seine höchstpersönliche Personalpolitik“ zu treiben<sup>23</sup>. Wie weit dieser Vorwurf berechtigt war, läßt sich heute anhand der Akten nur schwer feststellen; sicher ist, daß Wirth angesichts der ihm drohenden Gefahren nichts unversucht ließ, Verbündete zu werben und zu halten, was nach dem Ausscheiden der Darréschen Freunde aus dem Verein Anfang 1938 ungemein schwierig war.

Der Grund für Sievers' Haltung gegen Wirth ist einerseits in der charakterlichen Verschiedenartigkeit der beiden Männer zu erblicken, andererseits in dem früheren Abhängigkeitsverhältnis des jungen Verlagskaufmannes zu dem Professor. Überhaupt wird man den Antagonismus, der 1937/38 zwischen beiden Männern bestand, nur mit den Methoden der Tiefenpsychologie ergründen und verstehen können, wobei im dunkeln bleiben muß, welcher Art die Beziehungen der beiden kurz vor der Errichtung des „Ahnenerbes“ nun eigentlich gewesen sind. Es ist anzunehmen, daß Sievers sich 1935 nur mit Vorbehalten dem von Wirth mit ins Leben gerufenen „Ahnenerbe“ als Sekretär zur Verfügung stellte, nachdem er im Sommer 1933, kurz nach seiner ersten Trennung von Wirth, an seine künftige Schwiegermutter geschrieben hatte, er könne ein engeres Verhältnis zu dem Gelehrten lediglich dann akzeptieren, wenn es „ein gänzlich selbständiges unabhängiges“ würde<sup>24</sup>. Nach seinem Eintritt in das „Ahnenerbe“ schlug sich Sievers ganz bewußt auf die Seite Himmlers und der SS. Er erkannte die Möglichkeiten, die in seiner administrativen Position lagen, und nutzte sie skrupellos aus. Wieviel von seinem jugendlichen Idealismus, seinem romantischen Glauben an eine Elite tatkräftiger Männer, alle in einer verschworenen Gemeinschaft unlöslich miteinander verbunden, in der Zeit von 1936 bis 1938 noch vorhanden war, läßt sich nicht erkennen. Nach seinen Handlungen und Äußerungen zu urteilen – und nicht einmal darüber sind die heutigen Zeugnisse voll beweiskräftig – wandelte sich Sievers gänzlich zum Typ des „unsentimentalen SS-Technokraten“<sup>25</sup>, wie er unter den jungen Führern der SS gerade in dieser ersten Zeit des Aufbaus so oft anzutreffen war. Sievers wurde ein nüchterner Manager der Macht, nach außen hin verschlossen und nur auf seine eigene Intelligenz sich stützend, stets bereit, nach den Prinzipien eines krassen persönlichen Opportunismus und ohne jede Anlehnung an eine Ideologie, selbst die der Schutzstaffel, rücksichtslos und dynamisch zu handeln. Die schwärmerischen Theorien Friedrich Hielschers galten ihm nichts mehr, auch nicht die Mythologie Herman Wirths, und die naive Romantik Heinrich Himmlers flößte ihm vermutlich nur Verachtung ein. Übrig blieben lediglich ein unersättlicher Ehrgeiz und, anfangs noch, die unausgereifte Konzeption einer führerischen Elite, die sich durch die Wahrzeichen der Effektivität und des Erfolges auszuweisen hatte, bis auch sie von bloßem Aktivismus ganz verdrängt war.

Sievers mußte ein besonderes Interesse daran haben, Wirth im „Ahnenerbe“ zu neutralisieren; denn nicht nur war der Marburger Privatgelehrte 1937 formal noch immer Sievers' Vorgesetzter, sondern er wußte auch einige Einzelheiten über des Reichsgeschäftsführers Vergangenheit, die dieser tunlichst in Vergessenheit geraten lassen wollte. Damals, in der Jugendzeit, war Sievers ein offener, aber un-

sicherer Mensch gewesen, bereit, von Herman Wirth als seinem Meister zu lernen und dessen Überlegenheit anzuerkennen. Inzwischen verhärtet, deutete Sievers seine frühere Einstellung als innere Schwäche und beschloß somit zynisch, den unlieb-samen Kronzeugen zu liquidieren, bevor Wirth selbst auf den Gedanken verfallen könnte, sein Wissen um den jungen Sievers auszuspielen. Seinen ersten Triumph in diesem heimlichen Machtkampf kostete Sievers aus, als Galke sich 1936 erbot, den jungen SS-Mann als guten Kenner der Wirthschen Privatverhältnisse und Lebensweise zu den Gläubigern des Professors mitzunehmen<sup>26</sup> – eine Demütigung, die Wirth seinem einstigen Assistenten niemals vergessen haben dürfte.

Als Generalsekretär, später Reichsgeschäftsführer, hatte Sievers über die Verhältnisse im „Ahnenerbe“ den besten Überblick; Himmler schenkte ihm volles Vertrauen. Er war also geradezu prädestiniert dazu, die Kaltstellung Wirths zu betreiben; die Satzung vom März 1937 schuf dafür günstige Voraussetzungen. Im Oktober 1937 machte Sievers, der in seinem Feldzug gegen Wirth stets auf den Präsidenten rechnen konnte, dem Ehrenpräsidenten in einer internen Besprechung klar, daß er sich „noch besser in die Gemeinschaft des ‚Ahnenerbes‘ und der SS einfügen“ oder die Konsequenzen tragen müsse; auch Wüst war bei der Unterredung zugegen<sup>27</sup>. Selbst Reischle, der Wirth im Grunde wohlgesinnt war, erklärte nun mit Wüst und Sievers offiziell, daß der Januar des kommenden Jahres der letzte Termin sei, „um Wirth zur Vernunft zu bringen“<sup>28</sup>. Nach drei Monaten hatte sich die Lage des Privatgelehrten weiterhin verschlechtert. Wüst, für alles Wissenschaftliche zuständig, machte ihm ins einzelne gehende Vorschriften, wie er seine Arbeiten für den Reichsführer-SS abzufassen habe<sup>29</sup>, und Sievers mischte sich wenig später in ähnlicher Weise in Wirths wissenschaftliche Angelegenheiten<sup>30</sup>.

Der Höhepunkt der Krise wurde im Mai 1938 erreicht, als Wüst und Sievers dem Privatgelehrten einen strengen Brief schrieben, in dem die Gegensätzlichkeit zwischen der forschenden SS-Konzeption des „Ahnenerbes“ und den eigenbrötlerischen Auffassungen Wirths in kraftvollen Worten zum Ausdruck gebracht wurde<sup>31</sup>. „Aus Ihren letzten verschiedenen Schreiben“, informierten Wüst und Sievers den Germanenforscher, „entnehmen wir mit einer geradezu erschreckenden Deutlichkeit, daß Sie anscheinend keine klare Vorstellung von dem geistigen Gefüge, dem jetzigen Arbeitsumfang und den unerhört wichtigen Zielen des ‚Ahnenerbes‘ besitzen, wie sie der Reichsführer-SS bei verschiedenen Anlässen den Unterzeichneten gegenüber eindeutig festgelegt hat. Soweit das Ihre Zuständigkeit betraf, ist Ihnen das in geeigneter Form jeweils mitgeteilt worden. Sie verwechseln anscheinend sowohl die Aufgabenstellung wie auch die Zielsetzung der Forschungsgemeinschaft ‚Ahnenerbe‘ mit dem Arbeitskreis Ihrer Lehr- und Forschungsstätte. Das geht nicht an; denn wenn die Forschungsgemeinschaft ‚Ahnenerbe‘ nicht den geschichtlichen und kühnen Entschluß gefaßt hätte, über Ihre Wirksamkeit hinauszugehen, hätten die Grundvorstellungen des Reichsführers-SS nie und nimmer verwirklicht werden können.“ Sodann wurde Wirth das Führerprinzip der SS vor Augen gehalten: „Was das freie geistige Schaffen anlangt, so wird dies durch Anerkennung einer einheitlichen Führungs- und Kommandogewalt nicht nur nicht gehemmt, sondern entschieden gefördert, wie wir dies im ‚Ahnenerbe‘ unter der weitschauenden Führung des Reichsführers-SS immer wieder erleben.“ Die nächste Bemerkung, Wirth möge doch die Zuständigkeit des Ehrenpräsidenten, auf die er sich in einem früheren Brief berufen hätte, etwas näher erläutern, seine Definition würde „außer uns auch

den Reichsführer-SS sehr interessieren“, war ebenso sarkastisch wie geschmacklos. Zum Schluß des Schreibens lehnten Wüst und Sievers es rundweg ab, sich beim Reichserziehungsministerium für die Erteilung einer *Venia legendi* für Wirth zu verwenden; dadurch machten sie des Privatgelehrten Hoffnung, über einen ordentlichen Hochschullehrauftrag beim Reichsführer-SS wieder Gnade zu finden, endgültig zunichte.

Dieser Brief, der in seiner Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und besser als andere Dokumente jener Zeit den skrupellosen Machtrieb der „Ahnenerbe“-Funktionäre aufdeckt, konnte nur noch durch Wirths eigentliche Entlassung aus dem „Ahnenerbe“ überboten werden. Sie folgte auf dem Fuße. Im Dezember 1938 wurde Wirth schließlich genötigt, „in reinlicher Trennung vom Reichsführer-SS“, wie es später offiziell hieß, aus dem „Ahnenerbe“ auszuscheiden<sup>32</sup>. Damit hatte die zweite Phase in der Entwicklung des „Ahnenerbes“, wenige Wochen vor Inkrafttreten der dritten Satzung, ihren Abschluß gefunden.

Diese Vorgänge spielten sich freilich nur intern ab; Außenstehende durften von alledem nichts merken. Bis 1939 war Heinrich Himmler noch zu sehr auf das Wohlwollen von Persönlichkeiten angewiesen, die auch Herman Wirth zu seinen Freunden zählen konnte, darunter wichtige potentielle Geldspender wie Senator Roselius in Bremen und Mathilde Merck in Darmstadt<sup>33</sup>. Es ist als ein frühes Meisterstück des Reichsgeschäftsführers Sievers zu betrachten, daß es ihm gelang, nach außen hin auf alle Anfragen bezüglich Wirth eine harmlose Antwort zu geben und insbesondere das volle Vertrauen der alten Frau Geheimrat Merck zu gewinnen, so daß sie ihre Gelder fortan nicht mehr an Wirth, sondern direkt an das „Ahnenerbe“ überwies<sup>34</sup>.

Man darf nun aber beileibe nicht in den Fehler verfallen, den manche Publizisten heute in West- wie Ostdeutschland machen, Wirth als einen Verfolgten des Nazi-regimes hinzustellen<sup>35</sup>. Wirth selbst hat nach dem Kriege zu seiner persönlichen Widerstandslegende beigetragen, indem er als Grund für seine Entzweiung mit dem Reichsführer-SS „Zuspitzung des ideologischen Konfliktes“ und seinen angeblichen Einsatz „wider die tragisch-ideologische Fehlorientierung im Dritten Reich“ anführte<sup>36</sup>. Von einem „ideologischen Konflikt“ kann gar keine Rede sein; wie positiv Herman Wirth noch 1960 über Adolf Hitler und den Nationalsozialismus zu urteilen vermochte, zeigen unverhohlene Sympathiebekundungen in seiner Nachkriegspublikation *Um den Ursinn des Menschseins*<sup>37</sup>. Nicht ohne Grund reiht ihn denn auch Kurt P. Tauber in seiner monumentalen Biographie des Neo-Nazismus unter die zeitgenössischen rechtsextremistischen Denker in der Bundesrepublik Deutschland ein<sup>38</sup>.

Tatsächlich zeitigte der innerparteiliche Zwist des Privatgelehrten mit der SS keine weiteren schwerwiegenden Folgen. Selbst nach 1938, nachdem der Titularprofessor seine Planstelle an der Universität Berlin verloren hatte<sup>39</sup> und schon längst in sein Marburger Privathaus „Eresburg“ zurückgekehrt war, kam es nicht zu einem endgültigen Bruch zwischen Wirth und dem Reichsführer-SS; beide blieben künftig in Verbindung. Wirth, weiterhin SS-Hauptsturmführer, wurde wiederholt vom Reichsführer-SS finanziell unterstützt<sup>40</sup>. Auch Wirths künftigen Habilitationsabsichten stand Himmler grundsätzlich wohlwollend gegenüber<sup>41</sup>. Gleichwohl schaffte der Privatgelehrte Ende 1941 weder die Habilitation in Marburg, noch im April 1942 die Ernennung zum „Forschungsprofessor für Ursymbol- und Urreligionsgeschich-

te<sup>42</sup>. Umsonst, so schien es, war Wirths Sohn Volkhart mittlerweile SS-Anwärter, stand Wirth selbst in seiner holländischen Heimat als Kollaborateur der Nazis in Acht und Bann<sup>43</sup>. Als er 1944 nicht ohne Himmlers Zutun in Göttingen wenn auch keinen Lehrstuhl, so doch ein Kustodiat am Seminar für Deutsche Volkskunde gewissermaßen als „Altersversorgung“ übernahm<sup>44</sup>, beschwor er den Zorn des Göttinger Lehrkörpers herauf, der sich sogar im Januar 1945, als die deutschen Universitäten kurz vor dem Zusammenbruch standen, noch nicht gelegt hatte<sup>45</sup>.

Zweifellos wurde die Lösung des „Falles Wirth“ 1938 durch Himmlers Bruch mit Reichsbauernführer Darré vereinfacht, der etwa zur gleichen Zeit stattfand und auch im „Ahnenerbe“ seine Spuren hinterließ. Seit 1936, so bemerkt die Witwe des ehemaligen Reichsbauernführers heute, vermieden die einstigen Freunde Himmler und Darré jeglichen privaten Umgang miteinander<sup>46</sup>; die Spannungen im dienstlichen Bereich führten im Februar 1938 endlich zu Darrés Austritt aus der SS und damit auch zur Aufgabe seines Amtes als Chef des RuSHA-SS. Im einzelnen sind die Umstände des Darréschen Abganges heute noch nicht geklärt<sup>47</sup>; gleichwohl läßt sich zwischen den Zeilen des Darréschen Abschiedsbriefes erkennen, daß schließlich die ideologischen Differenzen den Ausschlag gaben. Offenbar hatte Himmler der „starke Intellektualismus“, dem der Leiter des Schulungsamtes im RuSHA, SS-Oberführer Caesar, im weltanschaulichen Unterricht anhing, sehr mißfallen; Caesar stand auf des Reichsführers Abschußliste. In seinem Brief an den „lieben Heini“ vom 8. Februar 1938<sup>48</sup> ließ Darré keinerlei Zweifel daran, daß er ob Himmlers eigenmächtigem Vorgehen in der Angelegenheit Caesar zutiefst verärgert war, zumal dies das dritte Mal darstellte, daß Himmler einen Schulungsamtschef eigenmächtig verabschiedet hatte<sup>49</sup>. Darré erinnerte den Freund daran, daß er ihn als junger Reichsführer der Schutzstaffel einst wegen der Idee von „Blut-und-Boden“ zum Chef des RuSHA erhoben hätte, nun aber die spezifisch Darréschen Gedankengänge im weltanschaulichen Programm der SS nicht mehr dulden wolle. Indes: die Ideen „von Blut und Boden, von Zucht und Rasse“, auf die Darré sich in seinem Schreiben berief, waren nach Himmlers Meinung überholt, weil sie nur mehr ein statisches Prinzip verkörperten: Darré verfolgte im wesentlichen ein Konzept der „Siedlung“, Himmler aber berauschte sich schon längst an der Dynamik des Kampfes. Letztlich kam hier der grundlegende charakterliche Unterschied zwischen den beiden Männern zur Auswirkung: dem Reichsführer-SS, dem im Weltkrieg die Offizierslaufbahn versagt geblieben und der nie darüber hinweggekommen war<sup>50</sup>, erschien der Freund suspekt, der als Frontoffizier schon vor 1918 entschieden hatte, er wolle doch lieber nicht Soldat bleiben, sondern Landwirt werden. Während des Zweiten Weltkrieges sollte Darré dann erfahren, was Himmler unter den Begriffen „Bauerntum“ und „Siedlung“ wirklich verstand, als der Reichsführer-SS sein „Wehrbauern“-Konzept entwickelte, nach dem der im europäischen Osten rodende germanische Bauer in erster Linie Grenzsoldat zu sein hatte<sup>51</sup>.

Daß es zum Bruch zwischen Darré und Himmler kommen würde, ließ sich schon aus der unsicheren Stellung, die Darrés Mitarbeiter seit März 1937 im „Ahnenerbe“ einnahmen, mit annähernder Wahrscheinlichkeit ersehen. Deren Verbundenheit mit Herman Wirth war dabei ebenso ausschlaggebend wie ihre grundsätzlich feindselige Einstellung zu Reichsgeschäftsführer Sievers, in dem sie lediglich einen Himmelerhörigen Parvenü erblickten.

Die Position Reischles, Metzners und Kinkelins im „Ahnenerbe“ war seit der zweiten Satzung so geschwächt, daß es ihnen nicht mehr lange möglich war, für Herman Wirth offen einzutreten. Ihre institutionellen Befugnisse wurden zusehends beschnitten<sup>52</sup>, bis sie 1938, ohne aufzufallen, aus dem Verein ausschieden; ihre Satzungsprivilegien wurden im Januar 1939 annulliert und ihre Ämter auch der Form nach aufgehoben<sup>53</sup>. In demselben Maße, wie die Beziehungen zwischen Himmler und Darré nach 1938 versteinerten, entfremdeten sich auch „Ahnenerbe“ und Reichsnährstand. Die Beteiligung des Reichsbauernführers an einem großen wissenschaftlichen Gemeinschaftswerk des „Ahnenerbes“, „Wald und Baum“, die auch gewisse finanzielle Verbindlichkeiten mit sich brachte, bildete 1938 den einzigen offiziellen Berührungspunkt zwischen „Ahnenerbe“ und Reichsnährstand<sup>54</sup>. Im Frühjahr 1939 aber kündigte der Reichsbauernführer eine starke Kürzung der bisher gezahlten finanziellen Beiträge für die Zukunft an<sup>55</sup>. Während des Krieges erinnerte man sich im „Ahnenerbe“ der Ära Darré, wenn überhaupt, nur in abfälliger Weise<sup>56</sup>; allgemein wurde der „Blut-und-Boden“-Ideologe, dem das „Ahnenerbe“ fast soviel wie Herman Wirth verdankte, einfach „totgeschwiegen“<sup>57</sup>.

## 2. Das „Ahnenerbe“ im Persönlichen Stab des RFSS

Dem Reichsführer-SS wurde nach dem Rückzug Darrés die weitere Eingliederung seines „Ahnenerbes“ in die Schutzstaffel beträchtlich erleichtert. Dies entsprach den Zukunftsvorstellungen Wüsts und Sievers' nach rein sachlichen Gesichtspunkten. Mit der zunehmenden Desintegration des Rasse- und Siedlungshauptamtes zeigten die „Ahnenerbe“-Funktionäre eine gewisse Neigung, ihre Verbundenheit zum Persönlichen Stab des Reichsführers-SS zu betonen. Obwohl die Bezeichnung „Dienststelle im Persönlichen Stab, RFSS“ eigentlich noch nicht zutraf, wurde sie doch seit Anfang 1937 schon verschiedentlich auf das „Ahnenerbe“ angewandt<sup>58</sup>; gleichzeitig wurden die organisatorischen Bande zwischen dem Verein und dem Persönlichen Stab sowie anderen SS-Stellen gefestigt. So ließ Himmler im Februar 1937 die gesamte Verwaltung des „Ahnenerbes“ „soweit als nur irgend möglich“ den allgemeinen Richtlinien der SS anpassen<sup>59</sup>. Verwaltungsmäßig, insbesondere was die Finanzen anging, unterstand die Forschungsgemeinschaft seit Februar 1937 dem Verwaltungschef der SS, dem ehemaligen Marinestabszahlmeister und jetzigen SS-Gruppenführer Oswald Pohl<sup>60</sup>. Der Gruppenführer, zu dessen Aufsichtsbereich 1938 auch die neugegründete „Ahnenerbe“-Stiftung kam, ließ sich schon 1937 persönlich von Galke und Sievers über das „Ahnenerbe“ Bericht erstatten und erschien im November des Jahres selbst im Dahlemer Vereinsgebäude, um alle Einrichtungen des Hauses zu besichtigen<sup>61</sup>. Die Übertragung der Verwaltungsaufgaben auf Pohl ließ die Rolle des Diplomkaufmannes Galke im „Ahnenerbe“ weiterhin verblassen — in seiner neuen Eigenschaft als Vorstand der „Ahnenerbe“-Stiftung verlor der Hauptsturmführer seine ursprüngliche Bedeutung als Sonderbeauftragter des Reichsführers-SS. In dem Maße, wie Pohl die Verwaltungslinien aufzeichnete, Sievers sich nicht nur um Administration, sondern mehr und mehr auch um Finanzielles kümmerte und bei Himmler, Wolff oder Pohl persönlich vorsprach, erübrigte sich das Amt eines speziellen Vertreters des Reichsführers. Bis 1939 hatten sich zwei verschiedene, aber mit SS-Brauch völlig konforme „Dienstwege“ bei der Leitung des

„Ahnenerbes“ herausgebildet, bei deren Beschreibung Galke nicht mehr in Erscheinung trat: reine Verwaltungs- und ein Teil der Finanzangelegenheiten gingen mit stiller Billigung Wüsts von Sievers an Himmler, über den Chef des Persönlichen Stabes SS-Gruppenführer Karl Wolff, oder über dessen Stabsführer Ullmann. Wissenschaftstechnische Belange besprach Wüst, oft unter Hinzuziehung Sievers', seit Sommer 1938 schon mit Himmlers Personalreferenten, dem Juristen Dr. Rudolf Brandt, den der Reichsführer wegen seiner Geschicklichkeit als Stenograph an sich gezogen hatte. Die Tatsache, daß Sievers und Wüst in der Lage waren, die ursprünglich extraordinären Funktionen Bruno Galkes im „Ahnenerbe“ auf normalem Dienstwege zu übernehmen, läßt den Grad der Integration des Vereins in den SS-Apparat zwischen 1937 und 1939 gut erkennen.

Einen wichtigen Aspekt dieser Integration stellte auch die personelle Eingliederung der meisten „Ahnenerbe“-Mitarbeiter in die Schutzstaffel dar. Falls wissenschaftliches und administratives Personal der SS 1937 noch nicht beigetreten war, wurde es nun von Sievers ehrenamtlich in die SS übernommen und im Persönlichen Stab, RFSS, eingestuft<sup>62</sup>. Ausnahmen waren jedoch möglich. Sievers, als der Verwaltungschef des „Ahnenerbes“ 1937 mittlerweile im Range eines SS-Obersturmführers, übte die dienstliche Befehlsgewalt über sämtliche SS-Angehörige des „Ahnenerbes“ aus – nicht jedoch über Walther Wüst, dessen SS-Führerrang stets eine Stufe über dem Sievers' lag. Unter Sievers' Führung wurde die SS-gemäße Ausrichtung im Dienst für jeden Mitarbeiter zur ersten Pflicht. Alle Verhaltensweisen wurden den Normen der Schutzstaffel angeglichen und im engen, vom Führerprinzip durchdrungenen hierarchischen Gefüge streng reglementiert. Als SS-Gruppenführer Pohl den Reichsgeschäftsführer im November 1937 darauf aufmerksam machte, bei den Mitarbeitern sei auf „strenge Einordnung“ zu achten, konnte Sievers ihm erwidern, daß dieses Ideal im „Ahnenerbe“ schon weitgehend erreicht sei und Ausnahmen wohl noch „beseitigt“ werden könnten<sup>63</sup>. „Ahnenerbe“-Anwärter mit gewissen „menschlichen Schwächen . . ., die eine Eingliederung in einen geordneten Dienstbetrieb nicht gerade erleichtern“<sup>64</sup>, wurden von Sievers gar nicht erst angenommen. Für jeden individualistisch gesinnten Forscher schien es in der Tat schwierig zu sein, seine Eigenständigkeit zu bewahren, sollte doch von nun an ein so relativ geringfügiges Delikt wie der Bruch eines internen Dienstgeheimnisses von den vorgesetzten SS-Stellen als „Landesverrat“ geahndet werden<sup>65</sup>.

Unter der persönlichen Jurisdiktion Heinrich Himmlers und im SS-Verwaltungsbereich Oswald Pohls rückte das „Ahnenerbe“ vom Rasse- und Siedlungshauptamt nun endgültig ab. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das „Ahnenerbe“ 1937 noch in einer gewissen Rivalität zum RuSHA stand, die auf einer andauernden Überschneidung der Aufgabengebiete beruhte, so in der weltanschaulichen Schulung und der Pflege gewisser Forschungsdisziplinen. Mit einem gewissen Recht neidete das „Ahnenerbe“ dem RuSHA die Kompetenzen über Ausgrabungen und Anthropologie, die Sievers und Wüst der Germanenforschung, wie sie im „Ahnenerbe“ getrieben wurde, eng verbunden wähten. So ist Sievers' Versuch zu verstehen, den Anthropologen und Professor Dr. Gerhard Heberer im Frühjahr 1937 vom RuSHA in die Sphäre des „Ahnenerbes“ zu ziehen, indem er schrieb, Heberer dürfe sich „selbstverständlich auch als Mitarbeiter des ‚Ahnenerbes‘ bezeichnen“<sup>66</sup>.

Nach der Meinung maßgeblicher Berater Himmlers jedoch war der Verfall des

RuSHA-SS unter der Leitung Darrés schon 1937 nicht mehr aufzuhalten. In den höchsten Führungsgremien der SS hatte sich längst der Verdacht breitgemacht, daß gewisse Arbeiten im RuSHA-SS, insbesondere die wissenschaftlichen, „mit den dort vorhandenen Mitteln und im Rahmen der dem Rasse- und Siedlungshauptamt-SS gegebenen Aufgaben nur schwer und ungenügend durchzuführen“ seien<sup>67</sup>. Die Neuorganisation des RuSHA-SS kündigte sich an; und davon sollte das „Ahnenerbe“ 1938 wie später andere Stellen der Schutzstaffel profitieren. Schon vor dem Austritt Darrés aus dem Hauptamt im Februar des Jahres 1938 wurde eine „sehr grundlegende Veränderung“<sup>68</sup> des Amtes eingeleitet, indem ihm ein wesentlicher Teil seiner Aufgaben genommen wurde. Dieser Prozeß der Neutralisierung ursprünglicher Funktionen, der im April 1937 seinen Anfang nahm<sup>69</sup> und um 1940 abgeschlossen wurde, ist zweifelsohne als eine direkte Reaktion Heinrich Himmlers auf die Differenzen mit Hauptamtschef Darré zu werten, wobei offen bleibt, warum Himmler dem Hauptamt mit den altgewohnten Aufgaben unter einem neuen Führer nicht weiter hätte trauen können. Mit der Zeit verlor das RuSHA-SS das Ressort der Siedlung an das nach Kriegsbeginn neugegründete Reichskommissariat für die Festigung Deutschen Volkstums (RKF), den Bereich der Schulung, wenn nicht an das „Ahnenerbe“, so an das SS-Hauptamt (SSHA), und einen Teil der rassistischen Auslesearbeit an andere SS-Ämter<sup>70</sup>. Im Februar 1938 erbt das „Ahnenerbe“ die ehemalige RuS-Abteilung „Vor- und Frühgeschichte“ (RA III b), die mit der 1935 von Langsdorff aufgebauten Abteilung „Ausgrabungen“ des Persönlichen Stabes, RFSS, zusammengelegt wurde<sup>71</sup>. Weitere wissenschaftliche Abteilungen des Rasseamtes im RuSHA-SS wurden dem Verein Himmlers bis zum Herbst 1938 zugesprochen<sup>72</sup>. Somit trug das „Ahnenerbe“ mittelbar zur Deklassierung des RuSHA in der Schutzstaffel bei und besserte dadurch gleichzeitig seine Chancen für eine Gleichstellung mit anderen SS-Ämtern auf. Denn nach den ungeschriebenen Gesetzen des Führerprinzips konnte die Entfremdung von einem beim Reichsführer in Ungnade gefallenen SS-Hauptamt nur ein Aufrücken innerhalb der Stellenhierarchie des Gesamtgefüges zur Folge haben, wenngleich diese Überlegung die „Ahnenerbe“-Funktionäre auch nicht darüber hinwegzutäuschen vermochte, daß ihre Forschungsgesellschaft, zur einen Hälfte durch die Satzung noch im zivilen Bereich des eingeschriebenen Vereins gehalten, erst partiell mit dem paramilitärischen Verband der Schutzstaffel verwachsen war.

Vom Gesichtspunkt der SS-Puristen Wüst und Sievers aus war dieser andauernde Schwebezustand bedauerlich. In der SS noch immer unsicher, waren sie damals auf eine totale Verschmelzung ihres Vereins mit der Schutzstaffel angewiesen, schon aus Existenzgründen. Da, wie Wüst im März 1938 an den Persönlichen Stab Himmlers schrieb, in der Zusammenarbeit mit SS-Führern und Dienststellen immer wieder die Frage gestellt werde, „welche Stellung der Reichsführer-SS zum ‚Ahnenerbe‘ einnehme“, werde häufig eine „abwartende Haltung“ eingenommen, die die Arbeiten der Forschungsgemeinschaft nicht gerade erleichtere. Um diese „unnötige Erschwerung“ zu vermeiden, schlug Wüst vor, daß Himmler sich in der SS als der oberste Chef des „Ahnenerbes“ mehr zu erkennen gebe, „damit der besondere Schutz, den der Reichsführer-SS dem ‚Ahnenerbe‘ gewährt, in der SS bekannt wird“<sup>73</sup>.

Himmler hatte aber ein sehr praktisches Argument für seine zögernde Haltung bei der SS-Gleichschaltung des „Ahnenerbes“, dem sich Wüst und Sievers kaum ver-

schließen konnten: die Finanzierung der Forschungsgemeinschaft. Diese bereitete auch 1938 noch Kopfzerbrechen, trotz der seit Juli 1937 bestehenden „Ahnenerbe“-Stiftung. Denn einerseits begannen damals die regelmäßigen Zahlungen des Reichsnährstandes gerade nachzulassen, andererseits besaß die SS noch nicht genügend Mittel, um den Betriebsetat des „Ahnenerbes“ in eigener Verantwortung zu bestreiten. So war das „Ahnenerbe“ weiterhin auf das Wohlwollen der Deutschen Forschungsgemeinschaft angewiesen, die einen Großteil der Gelder zuschoß<sup>74</sup>. Um für diese Gelder zu qualifizieren, mußte das „Ahnenerbe“ jedoch seinen Anschein als öffentlich-rechtliche Forschungsgemeinschaft wahren. Dies legte einer schnellen und automatischen Eingliederung in die SS natürliche Schranken auf.

Gleichwohl machte die Zusammenarbeit des „Ahnenerbes“ mit anderen SS-Ämtern 1937/38 Fortschritte. Meist waren diese Beziehungen ganz routinemäßiger Natur, so im Falle der vom Reichsführer-SS anbefohlenen Tuchföhlung zwischen der Forschungsgemeinschaft und den im ganzen Reich stationierten „Rasse- und Siedlungsführern“, die wie bisher dem RuSHA-SS unterstanden<sup>75</sup>. Eine Korrespondenz des „Ahnenerbes“ mit der SS-eigenen Zeitschrift *Das Schwarze Korps* ergab sich 1937 schon aus sachlichen Gesichtspunkten<sup>76</sup>, auch sie wurde zur Routine.

Doch in zwei Bereichen SS-interner Beziehungen erwiesen sich die Bemühungen der „Ahnenerbe“-Funktionäre über den gewohnheitsmäßigen Rahmen hinaus als von Bedeutung. Im Juli 1936, während der Heinrichsfeier in Quedlinburg, geriet Sievers zum ersten Mal mit Angehörigen des Himmlerschen „Freundeskreises“ in Berührung<sup>77</sup>. Diesen Zirkel, ehemals „Kepplerkreis“ genannt, hatte Himmler gerade von Wilhelm Keppler übernommen; seine Mitglieder, meist Persönlichkeiten aus der Finanz- und Industriewelt wie Kurt Baron von Schröder (Bankhaus Stein, Köln) und Rudolf Bingel (Siemens), hatten sich verpflichtet, für die „kulturellen, sozialen und caritativen Aufgaben“ des Reichsführers-SS Gelder zur Verfügung zu stellen<sup>78</sup>. Besonders während des Krieges vermochte Sievers aus seiner Bekanntschaft mit den führenden Herren dieses Kreises seinen Nutzen zu ziehen. Aber schon 1937 vermittelte der „Sekretär“ des Himmler-Kreises, der Industrielle und SS-Obersturmbannführer Fritz Kranefuß, eine Spende für das „Ahnenerbe“. Sie kam von Dr. Ing. Eugen Vögler, Generaldirektor der Hochtief-AG in Essen und Führer der „Reichsgruppe Stein und Erde“, der sich durch auffällige Freigiebigkeit offensichtlich einen Platz in Himmlers Freundeskreis erkaufen wollte<sup>79</sup>. Von Kranefuß telefonisch informiert, vermerkte Sievers zynisch: „Herr Vögler ist keine Idealgestalt, wenigstens nicht ein solcher Wirtschaftsführer wie ihn die SS sich wünscht. Immerhin ist er einer der ungefährlichsten. Eine Spende kann angenommen werden, wenn damit die SS keine Bindung eingeht, dergestalt, daß Herr Vögler dann nachher mit seiner Verbindung zur SS prunken kann.“<sup>80</sup>

Fruchtbarer noch gestalteten sich die Beziehungen des „Ahnenerbes“ zum SD-Hauptamt – damals zweifellos die wichtigste, wenn auch umstrittenste Dienststelle in der Schutzstaffel. Der Fehmarnener Bauer und Laienforscher Peter Wiepert hatte schon mehrere Monate für das SD-Hauptamt gearbeitet und war auch von diesem besoldet worden, als Mitte 1937 seine Eingliederung in das „Ahnenerbe“ vorgesehen wurde. Wiepererts Wechsel vom SD-Hauptamt zum „Ahnenerbe“ wurde von den Funktionären des Vereins zum Anlaß genommen, finanzielle und damit auch institutionelle Konzessionen vom Hauptamt Reinhard Heydrichs zu erbitten<sup>81</sup>. Darüber hinaus ermöglichte diese erste Kontaktnahme zwischen beiden Stellen

weitere Zusammenarbeit im fachlichen Bereich. Hier spielte der SS-Führer Dr. habil. Franz Alfred Six eine entscheidende Rolle.

Der Staatsrechtler Six, 1909 in Mannheim gebürtig, galt 1938 als der Typ des jugendlichen SS-Intellektuellen schlechthin. Schon früh im NS-Sinne journalistisch tätig, war er 1934 Hauptamtsleiter in der Reichsstudentenführung, kam Anfang 1935 zur SS und wurde bald darauf Leiter der Zentralabteilung II, 1 („Weltanschauliche Gegnerbekämpfung“) im SD-Hauptamt. 1938 hatte er es überdies zum Professor an der Universität Königsberg gebracht<sup>82</sup>. Daß der ehrgeizige Wolfram Sievers in einem solchen Talent ein Vorbild sehen mußte, liegt auf der Hand. Im Januar 1938 nahm der Reichsgeschäftsführer mit dem SS-Obersturmbannführer den ersten Kontakt auf, indem er die germanenkundlichen Aufsätze in der von Six redigierten Zeitschrift *Volk im Werden* voller Bewunderung kommentierte<sup>83</sup>. Bereits im Juli des Jahres fand eine geheime Arbeitsbesprechung zwischen Wüst, Sievers und Six im SD-Hauptamt statt, in der nicht nur Fragen einer SS-gemäßen Hochschulpolitik erörtert wurden, sondern der Anschluß Six' an das „Ahnenerbe“ erwogen wurde, und zwar als Leiter einer neu zu gründenden Abteilung für „Politische Geistesgeschichte“<sup>84</sup>. Dies war insofern von Bedeutung, als das SD-Hauptamt bis zu diesem Zeitpunkt die einzige Stelle in der SS darstellte, die sich mit Hochschulen und Wissenschaft befaßte. SD-Vertrauensmänner, meist Professoren und Studenten aus den SS-Kameradschaften, lieferten dem von Prof. Dr. Reinhard Höhn geführten SD-Referat „Lebensgebiet-Berichterstattung“ wichtige Details aus dem deutschen Universitätsleben. So war die Schutzstaffel schon damals in der Lage, in beschränktem Umfang Hochschulpolitik zu treiben<sup>85</sup>. Six' Konferenz mit den Vertretern des „Ahnenerbes“ schien nun die Bereitschaft des SD-Hauptamtes zu bekunden, einen Teil seiner Zuständigkeit auf dem Gebiet der Wissenschaft an den Verein Himmlers abzugeben. Welcher Anlaß wäre damals besser geeignet gewesen, Wüsts und Sievers' Hoffnung zu nähren, von den prominenten SS-Ämtern wirklich ernst genommen zu werden!

In der Folgezeit gestalteten sich die Beziehungen zwischen „Ahnenerbe“ und SD-Hauptamt denn auch besonders freundlich. Vor jeder Einstellung eines neuen Mitarbeiters wandten sich die Leiter der Forschungsgemeinschaft an Six, um über den betreffenden Charakterbeurteilungen einzuholen. Der SD-Professor beeilte sich stets, den Wünschen nachzukommen. Über Baurat Kiss ließ er im Juli 1938 verlauten, er sei in politischer Hinsicht „unbedingt zuverlässig“ und darüber hinaus ein „guter Kamerad ohne Standesdünkel“<sup>86</sup>. Dagegen hielt er den Assistenten am Institut für geschichtliche Landeskunde, Dr. Zender, für eine Mitarbeit beim „Ahnenerbe“ nicht für geeignet, da Zender sich als Angehöriger der katholischen Studentenverbindung „Unitas“ zu erkennen gegeben habe<sup>87</sup>. Der Salzburger Zoologieprofessor Eduard Tratz wiederum, dessen Eintritt in das „Ahnenerbe“ unmittelbar bevorstand, wurde vom SD Ende 1938 als „durchaus in Ordnung“ und „überzeugter Nationalsozialist“ befunden, da schadete selbst die ehemalige Zugehörigkeit zum internationalen Rotary-Klub nichts<sup>88</sup>. Der wohl aufschlußreichste SD-Bericht dieser Zeit wurde über den Philosophen und Physiker Hugo Dingler abgefaßt, an dessen Mitwirkung das „Ahnenerbe“ damals interessiert war. Dinglers Einstellung zum Nationalsozialismus beurteilten die SD-Referenten als eine sehr fragwürdige, hing Dingler doch den Prinzipien einer humanistischen Wissenschaftsauffassung in bedenklicher Weise an. „Die wesentlichen und sittlichen Ideen“

so schrieben die Gutachter, „die in der nationalsozialistischen Bewegung verwirklicht wurden, und die Grundwerte ihrer Ethik darstellen – Opferwillen, Selbstüberwindung, Heroismus, Zurückstellung des Individuums hinter das Wollen der Gemeinschaft – finden in Dinglers Ethik keinen Platz. Das Denken Dinglers geht von der Person des Einzelnen aus und bleibt bei ihr stehen. Unverkennbar wirken hier der Geist des bürgerlichen Fortschritts, Optimismus und die utilitaristischen Gedankengänge der liberalen Theorien des 19. Jahrhunderts nach.“<sup>89</sup> Reichsgeschäftsführer Sievers richtete sich nach dem Gutachten, indem er entschied, „vorläufig die Verhandlungen mit Dingler nicht weiterzuführen“<sup>90</sup>.

Indes versuchten die Mitarbeiter des „Ahnenerbes“, Himmler und seiner SS weitere Beweise ihrer eigenen Fähigkeiten zu liefern, insbesondere im Bereich der weltanschaulichen SS-Schulung. Mit einiger Selbstverständlichkeit betrachteten sie nun die „Ausrichtung der Schutzstaffel“<sup>91</sup> als ihre wesentlichste Funktion in einem gesellschaftlichen System, das sich selbst im Prozeß einer totalen Politisierung befand. Politisch verdienstvoll war die geplante Herausgabe einer „germanischen Quellsammlung“, die den „hervorragenden Einfluß germanischer Art auf das sogenannte christliche Mittelalter nachzuweisen“ hatte<sup>92</sup>, wie auch die Schrift eines „Ahnenerbe“-Mitarbeiters über den Julleuchter, die an alle SS-Männer verteilt werden sollte<sup>93</sup>. Das „Ahnenerbe“ mußte Geschichtsatlanten „aus frühester Zeit“ begutachten oder gar selbst eine volkstümliche Heftenreihe „Deutsche Geschichte“ zu Schulungszwecken in SS-Einheiten vorbereiten<sup>94</sup>. Es steuerte „grundsätzliche weltanschauliche Beiträge“ zur sog. *FM-Zeitschrift* des Reichsführers-SS für die „Fördernden Mitglieder“ der SS bei<sup>95</sup> und ließ seine politisch durchtränkten wissenschaftlichen Aufsätze in der Zeitschrift *Germanien*, die über die vorgeschichtlichen Ausgrabungen Himmlers ebenso Auskunft gaben wie über die „Heimführung Österreichs ins Reich“<sup>96</sup>, mit Fleiß unter der Schutzstaffel verbreiten<sup>97</sup>. In der Überzeugung, daß die gesamte Schulungsarbeit des „Ahnenerbes“ „von der der Schutzstaffel heiligen Stätte der Externsteine ihren Ausgang zu nehmen“ habe<sup>98</sup>, intensivierte Sievers das Kulturprogramm an den Felsen nicht nur für den normalen Wochenendbesucher, sondern gerade für die SS. Er ließ wissenschaftliche Spezialisten von der Detmolder Forschungsstätte aus SS-gerechte Führungen übernehmen und gab einen eigens für diesen Zweck geschaffenen Leitfaden, der dem Reichsführer-SS ausnehmend gut gefallen hatte, zum Druck<sup>99</sup>.

Nicht minder wichtig als die weltanschauliche Schulung und Erziehung waren die Arbeiten des „Ahnenerbes“ auf dem Gebiet der Ahnenforschung, Wappenkunde und Sippenzeichen. Ihnen lag das Bestreben Himmlers zugrunde, für jeden seiner höheren SS-Offiziere eine lückenlose Ahnenkette mit angestammtem Familienwappen zu produzieren, um so dem spezifisch nationalsozialistischen Traditionsbedürfnis zu genügen. Demnach war beabsichtigt, „Sippenzeichen wieder zu verleihen“<sup>100</sup>. Persönliche Eitelkeit war ebenfalls mit im Spiel, da Himmler nämlich versuchte, nicht nur seine eigenen Vorfahren näher zu bestimmen, sondern auch den (damals noch) recht undurchsichtigen Stammbaum Adolf Hitlers etwas aufzuhellen. Während sich das „Ahnenerbe“ also um die Familienwappen der SS-Hauptamtschefs Pohl und Heydrich bemühte<sup>101</sup>, stellte es gleichzeitig fest, daß eine Familie Himmler im Schweizer Hoengg 1523 im Hauszeichen ein Hakenkreuz führte<sup>102</sup>, aber auch, daß bereits im Jahre 1608 die Hausmarke eines gewissen Michael Hitler existierte<sup>103</sup>. Es gibt jedoch keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß

dieser Michael Hitler ein Vorfahr des Reichskanzlers Hitler gewesen wäre; die modernen Hitler-Biographen berichten davon nichts<sup>104</sup>.

Die von Himmler gestellten Forschungsaufgaben mögen, auf den ersten Blick hin, das politische Kalkül nicht unbedingt erkennen lassen; dennoch, behält man Himmlers Ziel einer allmählichen Wiederherstellung dessen im Auge, was er als germanische Zivilisation zu bezeichnen beliebte, und zwar gerade über das Versuchshühner seiner SS, so ist die politische Zweckforschung in jedem Falle offenkundig. Wies Himmler das „Ahnenerbe“ etwa an, zu recherchieren, nach welchem Muster Marktplätze und Hauptstraßen in einzelnen deutschen Städten angelegt worden seien, so wollte er sich damit Vorlagen für neu zu gründende SS-Siedlungen schaffen<sup>105</sup>. Auch Anfragen aus der germanischen Mythologie paßten in das utilitaristische Konzept. Himmler wünschte zu wissen, wie es sich mit der altdeutschen Sitte der Baumsargbestattung verhalten habe, derzufolge „die alten Bauern sich ihren Baum noch zu Lebzeiten aussuchten“<sup>106</sup>, um, mit der Wiederbelebung dieses angeblich tief im Volksboden verwurzelten Brauches, einen weiteren Beitrag zur Ausgestaltung des neu-deutschen Kultes zu leisten. Wenn Himmler über die Entwicklung des christlichen Kelches aus dem sagenumwobenen Gralskelch aufgeklärt werden wollte<sup>107</sup>, so verfolgte er dabei die Absicht, das Axiom einer Abhängigkeit der christlichen Kultur von der älteren und ursprünglicheren der Germanen, und somit die Minderwertigkeit des Christentums, zu „beweisen“. Getreu der primitivorganischen Betrachtungsweise durften Überlieferungen der germanischen „Technik“ ebensowenig fehlen wie Relikte urväterlicher Naturheilkunst. Bei der Bestimmung des germanischen dreizehnmönatigen Kalenders, der vermutlich den gregorianischen zu ersetzen hatte, sollte die artgemäße Weltelehre mit herangezogen werden<sup>108</sup>; Ortungsnetze auf Helgoland sollten untersuchen helfen, wie groß die Insel, die Himmler mit Atlantis in Verbindung brachte, früher war und wo gewisse heilkräftige Quellen zu finden seien<sup>109</sup>. Himmler nahm an indischen (das hieß für ihn „arischen“) Ernährungsfragen ebenso Anteil wie an Problemen des germanischen Badewesens<sup>110</sup>, das er zu regenerieren hoffte. Ebenso grotesk wie von höchster politischer Brisanz mutet sein Auftrag an, Nachforschungen über ein germanisches System der Geburtenregelung anstellen zu lassen. Er berief sich auf eigene Kenntnisse darüber, „daß es in früheren Zeiten bei gewissen germanischen Stämmen üblich war, daß nur zu bestimmten Terminen Kinder gezeugt wurden und damit praktisch Geschlechtsverkehr stattfand“<sup>111</sup>. Der Bevölkerungspolitiker nahm an, dies könne nur zur Sonnenwende der Fall gewesen sein und bat um Nachprüfung.

In dem Maße, wie Himmler, aus der für ihn charakteristischen Mischung von naiver Intuition und oberflächlicher Empirik heraus, politische Einzelaufträge an das „Ahnenerbe“ vergab, gründete er mitunter auch ganze Abteilungen, die schon von der Konzeption her den Stempel politischer Zweckdezernate trugen. So verhielt es sich Ende 1937, als der germanophile Reichsführer, von archäologischen Kunstschätzen der Antike inspiriert, an den Präsidenten Wüst aus Italien ein drei Seiten langes Schreiben richtete, in dem er seine jüngst gewonnenen Ansichten kundtat und dementsprechende Erweiterungen des „Ahnenerbes“ befahl. „Die Museen in Italien enthalten eine ungezählte Anzahl von Dingen, die uns auf unserer arischen Ebene interessieren. Die Italiener selbst haben für diese Dinge kein Interesse“, schrieb Himmler, nicht ohne einen Anflug von Triumph. „Ich sehe nun eine Mög-

lichkeit, hier Abhilfe zu schaffen. Ich erteile Ihnen den Auftrag, im „Ahnenerbe“ eine Abteilung zu errichten, die die Aufgabe hat, Italien und Griechenland nach seinen [sic!] indogermanisch-archaischen Zusammenhängen zu studieren . . . Die Aufgabe ist eine sehr große; denn sie bedeutet die Durcharbeitung sowie dauernde Verfolgung aller vorhandenen und noch herauskommenden archäologischen Erkenntnisse.“<sup>112</sup> Zwei Monate später wurde die neue Abteilung des „Ahnenerbes“ für Klassische Philologie und Altertumskunde unter der Leitung des Berliner Latinisten und Dozenten Dr. Rudolf Till eröffnet<sup>113</sup>. Latein aber wurde zur Zweckwissenschaft, sollte es doch wieder einmal den Fluß germanischer Kulturströme aus dem Norden in den Mittelmeerraum demonstrieren.

### 3. Der Reichsführer-SS und seine Wissenschaftler

Man fragt sich, wie es unter solchen Umständen für die Mitarbeiter des „Ahnenerbes“ möglich war, ihre akademische Freiheit zu bewahren. Denn nicht nur wurde dem „Ahnenerbe“ vorgeschrieben, sich mit den Dingen zu befassen, „die dem Reichsführer-SS am Herzen liegen“<sup>114</sup>, sondern Himmler gab auch Direktiven, wie das zu geschehen habe. So legte er beispielsweise Wert darauf, daß der Ton aller „volkstümlichen“ Veröffentlichungen des „Ahnenerbes“ „einfach sein und zu Gemüt und Verstand auch des einfachsten Mannes im deutschen Volke sprechen solle“<sup>115</sup>. Ein anderes Mal wurde von der Publikation einer Runenkunde, verfaßt von dem der SS nahestehenden Hainar Schilling, abgeraten, da „die Ansichten von Schilling über die Runen mit den [sic!] des Reichsführers nicht übereinstimmen“<sup>116</sup>.

Einzelne Forscher wurden gar vor grundsätzliche Alternativen gestellt. Ein Prähistoriker wurde vom „Ahnenerbe“ im April 1938 nur unter der Bedingung angenommen, daß er sich vertraglich verpflichte, nicht zu kündigen, falls die Forschung des „Ahnenerbes“ darunter leide oder Himmler selbst „ein besonderes Interesse“ an den Projekten des Wissenschaftlers zeigen sollte<sup>117</sup>. Einen Monat später wurde der Mitarbeiter Dr. Otto Huth, der seine Bewunderung für den Philosophen und Graphologen Ludwig Klages bekundet hatte, gezwungen, zwischen Klages und dem „Ahnenerbe“ zu wählen, da „die Weltanschauung Klages‘ nicht die unsere“ sei<sup>118</sup>.

In der Tat schien es, als sei zur persönlichen Reglementierung, die schon der Dienstbetrieb der SS jedem Mitarbeiter auferlegte, auch die wissenschaftliche Einordnung getreten. Bereits im Mai 1937 hatte Sievers die Konzeption des Reichsführers-SS vom „Ahnenerbe“ als von einer „straffen Organisation, der sich in wissenschaftlicher und praktischer Hinsicht alle seine Glieder fügen“ müßten, präzisiert<sup>119</sup>. Vorherrschend in dieser Organisation, in der „politische Wissenschaft im besten Sinne“ getrieben werde, sei die „Gemeinschaftsarbeit . . ., innerhalb derer kein Mitarbeiter und keine Abteilung für sich selber einen eigenen Weg gehen kann“<sup>120</sup>. Diese autoritäre Formel wurde im Oktober 1937 in einen SS-Befehl gekleidet und erhielt dadurch statutarischen Charakter. Von SS-Gruppenführer Wolff ließ Himmler anordnen, sämtliche Manuskripte der Forscher, „die die Zielsetzung des Ahnenerbe e. V. berühren“, seien vor Drucklegung dessen Präsidenten vorzulegen, um zu erreichen, „daß in Anlehnung an einen ähnlichen Befehl, der vom Reichs-

führer-SS für die Schutzstaffel der NSDAP erlassen wurde, die einheitliche Auffassung der einzelnen Mitarbeiter über ein bestimmtes Problem bzw. über wissenschaftliche Fragen gesichert ist“<sup>121</sup>.

Um so erstaunlicher ist es daher, wenn heute zahlreiche ehemalige „Ahnenerbe“-Mitglieder erklären, sie hätten in der Forschungsgemeinschaft stets frei und vorurteilslos wirken können<sup>122</sup>. Wie verhielt es sich damit?

Mittlerweile hatten sich drei verschiedene Ebenen herausgebildet, auf denen im „Ahnenerbe“ gearbeitet wurde. Auf der ersten wurden Himmlers absurdeste Fragestellungen berücksichtigt; hier mitzumachen erforderte von den meisten geisteswissenschaftlichen Forschern einige Überwindung, ließ sich aber nun einmal nicht ganz vermeiden. Man tat schon alles, um Himmlers Neugier gerecht zu werden, dabei aber das „Ahnenerbe“ als „Forschungsgesellschaft“ nicht völlig zu kompromittieren. „Wenn Himmler äußerst dumme Fragen stellte“, sagt Plaßmann heute, „dann wurden die Anfragen taktvoll im negativen Sinne beantwortet oder hinausgezögert.“<sup>123</sup> Nach den Quellen zu urteilen, geschah das letztere weit öfter als das erstere. Gleichwohl waren es gerade diese dilettantischen Anfragen des Reichsführers-SS, die das „Ahnenerbe“ stets der Gefahr aussetzten, den Pseudo-Wissenschaften zu verfallen. Auf dieser Linie lagen denn auch die „magischen“ Wissenschaftsabteilungen „Wetterkunde“ und „Astronomie“, von Sievers und Wüst mit Argwohn betrachtet, aber vom Reichsführer mit gleichbleibendem Enthusiasmus gefördert.

Auf der zweiten Ebene wurde jene ideologische Zweckwissenschaft betrieben, für die schon die obigen Beispiele stehen – sie war es, die dem „Ahnenerbe“ seine spezifisch politische Bedeutung verlieh. Hier taten alle „Ahnenerbe“-Forscher mit, und zwar in dem Maße, wie sie den Primat der nationalsozialistischen Weltanschauung über die Wissenschaft anerkannten. Und selbst die begabtesten und sachlichsten Wissenschaftler unter ihnen waren hin und wieder bereit, ihr ursprüngliches wissenschaftliches Ethos jenem Anspruch zu opfern, wengleich man heute die gewiß schwer zu treffende Unterscheidung zwischen den klugen Opportunisten und den wirklich Einfältigen fairerweise anstreben sollte; doch dazwischen gab es alle Schattierungen. Es wäre aber verfehlt, wollte man für die politische Usurpation der Wissenschaft heute sämtliche ehemaligen Mitarbeiter des „Ahnenerbes“ zur Verantwortung ziehen, oder alle mit gleicher Strenge. Es sei hier daran erinnert, daß Himmler nicht nur willens, sondern bemüht war, seriöse Wissenschaftler aufzunehmen, solange diese sich ihrerseits bereit erklärten, zwischen der herkömmlichen Auffassung von Wissenschaftlichkeit und den ideologischen Erfordernissen einen Kompromiß zu schließen. Dieser Kompromiß, der sich in nicht-totalitären Systemen zumeist erübrigt, dürfte den meisten von ihnen um so leichter gefallen sein, als ihnen – wie 1934 schon Langsdorff und Schleif – bekannt gewesen sein muß, daß Himmlers politische Forderungen, die dem einzelnen immer noch einen gewissen Spielraum bewahrten, vergleichsweise harmlos waren im Kontrast mit denen jener doktrinären Parteiführer, die auf schnelle und radikale ideologische Gleichschaltung drängten wie beispielsweise Alfred Rosenberg.

So gab es denn neben den mittelmäßigen Karrieristen, die sich mit den Jahren im „Ahnenerbe“ versammelten und die vor keinem Mißbrauch der Wissenschaft zurückschrecken schienen, wenn es darum ging, ideologische Voraussetzungen zu erfüllen, doch auch eine Gruppe, über deren Denken und Handeln sich sagen ließe,

daß sie sich zumindest zeitweilig in verhältnismäßig sachlichen Bahnen bewegten. Oft von ihrem Fachgebiet her weltanschaulich exponiert und kaum in der Lage, sich ohne „irgendwelche Konzessionen“<sup>124</sup>, d. h. ohne jedes politische Engagement an den Hochschulen zu halten, suchten sie das kleinste Übel und fanden es im kompromißbereiten SS-„Ahnenerbe“ Heinrich Himmlers. Hier durften sie, zwar im geheimen aber doch mit Himmlers stiller Billigung, ihre ihnen am Herzen liegenden Forschungsvorhaben ausführen, solange sie sich den von oben dekretierten Aufgaben widmeten. Denn nur eine semi-offizielle Institution, wie sie das „Ahnenerbe“ darstellte, vermochte enge Beziehungen zu den maßgeblichen staatlichen Stellen zu unterhalten, etwa zur Deutschen Forschungsgemeinschaft, deren Unterstützung man sich zu versichern hatte, oder zum Reichserziehungsministerium, das die akademischen Beförderungen veranlaßte. Nur sie konnte für reine Forschungsziele die oft beträchtlichen finanziellen Mittel investieren und die scheinbar unüberwindlichen politischen Barrieren durchbrechen. Wollte ein Prähistoriker der Forschungsgemeinschaft für eigene wissenschaftliche Zwecke eine Forschungsreise nach Skandinavien unternehmen, so deklarierte das „Ahnenerbe“ die Reise als Unternehmen des Reichsführers-SS, stellte das Geld zur Verfügung, rüstete die Expedition personell und technisch aus und beseitigte im Bedarfsfalle überdies noch politische Hemmnisse wie Ausreiseverbot und Devisensperre. Angesichts der engen Beschränkungen, die der totale Staat jedem abseits stehenden Wissenschaftler auferlegte, waren dies nicht zu verachtende Vorteile. Nur so war freie wissenschaftliche Forschung in einem an frühere Zeiten erinnernden Maße überhaupt noch möglich, so paradox das heute auch klingen mag.

Wissenschaftler wie Till betrachteten denn das „Ahnenerbe“ gleichsam als akademischen „Naturschutzpark“<sup>125</sup>, in dem es sich vorerst aushalten ließ, selbst wenn man – im schlimmsten Falle – der Schutzstaffel beitreten mußte. Aber noch nicht einmal das machte Himmler zur absoluten Bedingung, wie sich später herausstellen sollte.

Rudolf Till, der Wissenschaftler von Geltung, diente als Vorbild für andere und vielfach sogar ältere Forscher, die dem „Ahnenerbe“ bis 1939 beitraten, Männer, die weltanschaulich sicherlich anfechtbarer waren als der der römischen Klassik verhaftete Till und sich wissenschaftlich nicht mit ihm auf einer Stufe behaupteten. Unter ihnen befand sich der 31jährige Dr. phil. Otto Huth, Sohn eines Bonner Nervenarztes, der bereits 1932 in seiner Vaterstadt über ein religionsgeschichtliches Thema promoviert hatte<sup>126</sup>. Seit 1922 „im völkischen Sinn politisch tätig“, so als Student im NSDStB und in der SA<sup>127</sup>, fand er früh zu Herman Wirth<sup>128</sup>, ergriff während der berühmten Berliner Disputation (1934) zusammen mit Walther Wüst auch des Privatgelehrten Partei<sup>129</sup>. Zum „Ahnenerbe“ stieß er im März 1937 durch Sievers' Vermittlung einerseits aus völkischen Motiven: er wollte die Bestrebungen des „Ahnenerbes“ unterstützen, „die eigene Mitte des Volkstums wiederzugewinnen“<sup>130</sup>. Zum anderen dürfte ihn die Möglichkeit einer gesicherten wirtschaftlichen Existenz gelockt haben<sup>131</sup>; ein Stipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft war 1936 gerade abgelaufen<sup>132</sup>. Hauptsächlich aber scheint Huth das „Ahnenerbe“ als Sprungbrett für Habilitation und Hochschulkarriere betrachtet zu haben<sup>133</sup> – das taten damals noch andere. Huth assistierte zunächst einmal J. O. Pläßmann in der Redaktion der Hauszeitschrift *Germanien*, arbeitete gleichzeitig in der Wirthschen Pflegstätte für Schrift- und Sinnbildkunde<sup>134</sup>, wiewohl er sich von Wirth selbst schon wieder distanziert hatte. Noch 1937 wurde Huth der

wichtigste Mitarbeiter Plaßmanns in dessen Abteilung für Märchen- und Sagenkunde<sup>135</sup>, wo das Sammeln deutscher Volksmärchen zum Zweck einer Märchenbibliographie sowie die Bestandsaufnahme aller Märchenelemente in vorgeschichtlichen Denkmälern und im Brauchtum fortgesetzt wurde<sup>136</sup>. Im Sommer 1938 war Plaßmanns Abteilung mit Huths Hilfe so weit gekommen, daß sie es sich zutrauen konnte, das bisher von der Deutschen Forschungsgemeinschaft betreute „Zentralarchiv der deutschen Volkserzählung“ zu übernehmen<sup>137</sup>.

Im Herbst 1938 schloß sich dem Forschungsverein Himmmlers auf Anraten Walther Wüsts der 34jährige Königsberger Volkskundler und Dozent Dr. Heinrich Harmjanz, ein Schüler Walther Ziesemers, an<sup>138</sup>. Das Motiv für Harmjanz' Entscheidung war sicher nicht Existenznot, denn Harmjanz saß seit April 1937 auf einem wohl-dotierten Posten im Reichserziehungsministerium und war im Mai überdies noch zum Leiter des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft großzügig finanzierten „Atlas der deutschen Volkskunde“ ernannt worden<sup>139</sup>. Die Forschungsbeihilfe Himmmlers bedeutete ihm also recht wenig, zumal er im Herbst 1938 bereits ein Ordinariat an der Universität in Frankfurt am Main bekleidete. Indes wird der Grund für seinen Eintritt in das „Ahnenerbe“ wohl in der Übernahme des Volkskunde-Atlas zu suchen sein. Harmjanz befürchtete, daß die Kohorten Alfred Rosenbergs, die „Rosenzwerge“, wie er sie gern nannte, ihm das lukrative und prestige-beladene Projekt wieder aus den Händen winden würden<sup>140</sup>. Dagegen mußte er sich – wie andere vor ihm – beim Reichsführer-SS schützen. Weiß man heute, daß Otto Huth sich dem Nationalsozialismus gegenüber stets loyal verhielt<sup>141</sup>, so gibt es in dieser Beziehung auch bei Harmjanz keinen Zweifel: er war scharfer Nationalsozialist und insbesondere der Schutzstaffel sehr freundlich gesinnt. 1931 war er einer der ersten vierzehn SS-Leute Königsbergs gewesen, nach Hitlers Macht-ergreifung allerdings aus unbekanntem Gründen aus der Schwarzen Garde Himmmlers wieder ausgestiegen<sup>142</sup>. Im Herbst 1938 gehörte er der SS bereits zum zweiten Male an. Derartige Sprünge lassen vermuten, daß es sich bei dem „Nationalsozialisten“ Harmjanz weniger um einen weltanschaulich gefestigten Ideologen als um einen klug taktierenden Opportunisten handelte, was man später in mehr als einer Hinsicht bestätigt finden sollte. 1938 aber sah das „Ahnenerbe“ nur die wissenschaftlichen Fähigkeiten des Gelehrten. Es war für alle Beteiligten offenbar, daß Harmjanz, der, nach Heiber, durch „eine sehr einnehmende, etwas burschikose und ganz und gar unbürokratische Art“ auf seine Mitmenschen Eindruck zu machen verstand<sup>143</sup>, mit der Leitung der neu zu gründenden Abteilung für Volksforschung und Volkskunde in Frankfurt (in Personalunion mit dem Lehrstuhl) dem „Ahnenerbe“ nur zur Ehre gereichen könne. Da Wüst anscheinend auf Biegen oder Brechen daran gelegen war, Harmjanz zu gewinnen, wurde dieser provisorisch mit der Direktion der Pflegstätte für Märchenkunde betraut<sup>144</sup>, bis die Errichtung der Volkskunde-Abteilung technisch möglich war<sup>145</sup>. Wenn es auch heute schwerfällt, dem Wissenschaftler Harmjanz von damals gerecht zu werden, so läßt sich der relative Grad seines Gelehrtentums doch immerhin danach einschätzen, daß er sich vor seinem Anschluß an das „Ahnenerbe“ die völlige Ausschaltung des „einfallreichen Phantasten“ Wirth ausbedang<sup>146</sup>.

Warum dann, so fragt man sich, fuhr das „Ahnenerbe“ weiter fort, auf seinem Weg zur wissenschaftlichen Respektabilität 1937/38 Männer für seine geisteswissenschaftlichen Abteilungen anzuwerben, die, nach Vorbildung und Leistungspotential

zu urteilen, keineswegs dem neuen Ideal des qualifizierten Forschers entsprachen, sondern dem Dilettantentum Herman Wirths bedenklich nahe waren? Die Antwort liegt darin, daß man solchen Laienforschern von vornherein nicht die Aufgaben eines Vollakademikers stellte, sie dagegen in eng begrenzten Bereichen tätig werden ließ, in denen sie vom wissenschaftlichen Standpunkt aus keinen Schaden anrichten konnten. Der SS-Sturmbannführer Karl Theodor Weigel, dessen im Frühjahr 1936 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingerichtete „Hauptstelle für Sinnbildforschung“ im März 1937 in das „Ahnenerbe“ übernommen wurde<sup>147</sup>, war einer jener volksnahen Laienforscher, die von wissenschaftlicher Deutung so gut wie keine Ahnung hatten, dafür aber einen um so sichereren Instinkt bei der Bestandsaufnahme von Beweismaterial zeigten. Weigel war Sammler, nicht Interpret; bei der Feldforschung im Freien, d. h. bei der Erhebung deutscher Sinnbilder im Reichsgebiet, hatte er mit den Methoden der Fotografie in der Tat Beachtliches geleistet. Unter der festen Kontrolle eines geschulten Wissenschaftlers erschien er in jeder Situation als brauchbarer technischer Assistent. Für solche Leute war auch im „Ahnenerbe“ noch Raum. Im übrigen brachte Weigel ja bei seinem Einzug in den Verein die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft inzwischen abgestoßene „Hauptstelle für Sinnbildforschung“ mit ins Haus, ein wertvolles Archiv also, das die „Ahnenerbe“-Funktionäre nur zu gerne der Wirthschen Pflegstätte für Sinnbildkunde einverleibten. Weigel selbst trat mit seinem Mitarbeiter, dem Volkskundler Dr. Siegfried Neumann, in die Pflegstätte ein<sup>148</sup>. Daß es innerhalb dieser Abteilung bald zu Spannungen zwischen Wirth und Weigel kam<sup>149</sup>, lag an den privaten Ambitionen Weigels, der schon vor der offiziellen Ausbootung Wirths aus dem „Ahnenerbe“ Aufstiegschancen für sich als künftigen Leiter der Pflegstätte witterte, die jedoch mangels der fachlichen Voraussetzungen Weigels von den Vereinsfunktionären nie zur Sprache gebracht wurden. Weigel mußte sich auch nach der Entfernung Wirths damit begnügen, in deutscher Landschaft Denkmäler zu fotografieren und die schon gesammelten Sinnbilder in der Pflegstätte zu archivieren<sup>150</sup>. Die *wissenschaftliche* Auswertung des Materials sollte den Fachgelehrten vorbehalten bleiben<sup>151</sup>.

Ähnlich verhielt es sich mit Karl Konrad Ruppel, Privatgelehrtem ohne Promotion, aber mit zwei verschiedenen Staatsexamen, und Sammler deutscher Haus-, Hof- und Sippenmarken aus Leidenschaft. Ruppel wurde im Sommer 1937 Mitarbeiter des „Ahnenerbes“. Auch seine Tätigkeit sollte sich lediglich auf das Sammeln und Ordnen verschiedenster Hauswappen und heraldischer Symbole beschränken, unter Berücksichtigung spezieller Erfordernisse bei der Auffindung oder Neuschaffung SS-gerechter Familienwappen, für die Himmler sich damals gerade begeisterte<sup>152</sup>. Seit Herbst 1937 mühten sich Ruppel und drei Mitarbeiter um die Erfassung von Hausmarken aus deutschen Gegenden<sup>153</sup>; nach dem „Anschluß“ wurden diese Aktionen auch auf die „Ostmark“ ausgedehnt<sup>154</sup>. Im Spätherbst 1938 verfaßte Präsident Wüst einen Aufruf, der, als Handzettel gedruckt und verteilt, die Öffentlichkeit zur Kooperation bei der Sammlung von Hausmarken in deutschen „Gauen“ ermunterte<sup>155</sup>. Bereits im Oktober 1937 war Ruppel vom einfachen Forschungsbeauftragten zum Abteilungsleiter befördert worden, nachdem er sich bereit erklärt hatte, nachträglich noch den Doktorgrad zu erwerben<sup>156</sup>; seine Abteilung hieß nun „Pflegstätte für Hausmarken und Sippenzeichen“.

Karl Konrad Ruppel wurde 1938 auch „Schriftleiter“ des Forschungsprojektes „Wald und Baum“, durch das das „Ahnenerbe“ weitere qualifizierte Fachwissen-

schaftler anzuwerben hoffte, ohne sie organisatorisch in die Forschungsgemeinschaft eingliedern zu müssen. Da der institutionellen Erweiterung schon aus finanziellen Gründen gewisse Grenzen gesetzt waren, spekulierte das „Ahnenerbe“ darauf, andere Organisationen im Reich zur Förderung neuer, großangelegter Forschungsvorhaben zu gewinnen, die unter der wissenschaftlichen Leitung des Vereins geplant und ausgeführt werden sollten. Nun trug man sich im Reichsforstamt schon seit Herbst 1937 mit dem Gedanken, eine Buchreihe „Wald und Baum in der arisch-germanischen Geistes- und Kulturgeschichte“ herauszugeben<sup>157</sup>. Himmler hörte davon und erbot sich, für die Überwachung der Forschungen seinen Verein zur Verfügung zu stellen, der eine „sachgemäße streng wissenschaftliche . . . Durchführung“ gewährleisten würde<sup>158</sup>. Damals ließ sich auch noch der Reichsnährstand für den Vorschlag interessieren; so sah es aus, als ob die Finanzierung – für das „Ahnenerbe“ stets das größte Problem – gesichert sein würde: die Gesamtkosten des Projektes von 250 000 RM sollten innerhalb von drei Jahren gemeinsam von Reichsforstamt, Reichsnährstand und Reichsforschungsrat aufgebracht werden<sup>159</sup>.

Sachlich ließ sich diese Zusammenarbeit schon rechtfertigen. Hermann Göring war als Reichsforstmeister nicht nur für die wirtschaftlichen, sondern auch für die kulturellen Aspekte einer deutschen Waldpflege verantwortlich. Görings eigene Auffassung vom Naturschutz des Waldes gründete sich auf die Erkenntnis, daß deutscher Wald „wieder wie in Zeiten unserer germanischen Vorfahren Eigentum des gesamten Volkes“ sein müsse<sup>160</sup>. Der Hinweis auf die germanische Frühzeit veranlaßte Himmler sofort, seine Zuständigkeit bei der geplanten historischen Würdigung des deutschen Waldes im Reichsforstamt anzumelden. Der Reichsnährstand, die Interessenvertretung nationalsozialistischer Bauern, stand zwar dem deutschen Wald naturgemäß nicht so aufgeschlossen gegenüber wie der Reichsforst- und Jägermeister, kontrollierte in der „Reichshauptabteilung II F“ des Verwaltungsamtes des Reichsbauernführers aber immerhin Gebiete von Wald und Forst, die ihn „nach der fachlichen und betrieblichen Seite“, etwa bei der agrarwirtschaftlichen Verwertung gewisser Waldfrüchte, angingen<sup>161</sup>. Der unter dem General der Artillerie, Prof. Dr. Karl Becker, im März 1937 als eine Untergruppe der Deutschen Forschungsgemeinschaft gebildete Reichsforschungsrat<sup>162</sup> schließlich gelangte über den Leiter seiner „Fachgliederung Holz- und Forstforschung“, Ministerialdirigent Prof. Dr. Eberts, zur Beteiligung an dem Forschungswerk. Im Dezember 1937 erklärte Eberts Präsident Beckers Bereitwilligkeit, für das kommende Jahr 20 000 RM zur Finanzierung des Werkes beizutragen<sup>163</sup>.

Dem „Ahnenerbe“ kam es lediglich darauf an, die Sache wissenschaftlich zu seinem Vorteil zu nutzen, ohne selbst dafür bezahlen zu müssen. Bis zum Ausbruch des Krieges war es damit einigermaßen erfolgreich. Von einem wissenschaftlichen Gutachterausschuß, dem außer Wüst, Sievers und zwei Vertretern des Reichsforstmeisters auch mehrere „um die Förderung der geschichtlichen, insbesondere forstgeschichtlichen Forschung verdiente Wissenschaftler“ angehörten<sup>164</sup>, wurden rund 125 Kandidaten geprüft, von denen endgültig zweiundvierzig ausgewählt und mit der Bearbeitung eines der Themen betraut wurden<sup>165</sup>. Viele der angeheuertten Wissenschaftler waren unbedeutend, einige wenige aber waren profiliert, und diese galt es nun als Mitarbeiter des „Ahnenerbes“ auch für die Zukunft zu bewahren. Unter den Angenommenen befanden sich solche Koryphäen wie der Rechtshistoriker Karl August Eckhardt (Thema: „Wald- und Holzweistümer: Sammlung der Quellen“<sup>166</sup>)

und der Hallenser Altertumswissenschaftler Franz Altheim (Thema: „Heilsbilder“<sup>167</sup>). Die Aufträge wurden für die Zeit von zwei bis vier Jahren vergeben; die individuelle Dotierung reichte von 50 RM monatlich im Falle relativ unbekannter Wissenschaftler bis zu 600 RM für Eckhardt, dessen Deutschrechtliches Institut an der Bonner Universität in die Gesamtplanung miteinbezogen wurde<sup>168</sup>. Man beschloß, jede der Einzeluntersuchungen, die „streng wissenschaftlich, aber gemeinverständlich und . . . aus den Quellen erarbeitet“ sein mußten, später in einer eigens dafür geschaffenen Buchreihe zu veröffentlichen<sup>169</sup>.

Auch die schon erwähnte germanische Quellensammlung sollte, als „Gemeinschaftswerk“ geplant und durchgeführt, dem „Ahnenerbe“ qualifizierte Forscher bei Vermeidung kostspieliger institutioneller Bindungen näherbringen. Für das „Sachwörterbuch der Germanenkunde“ wurden fünfzig Bände vorgesehen, die „das Leben unserer Vorfahren in allen seinen Bezügen“ zu erfassen hatten<sup>170</sup>; auch die Gebiete „Waffen“, „Keramik“, „Baukunst“ und „Sexuelle Probleme der Männer und der Frauen“ wurden in Betracht gezogen<sup>171</sup>. Das Projekt ist irgendwie symptomatisch für die wissenschaftlichen Extreme, die das Bild des „Ahnenerbes“ damals bestimmten, wenngleich diese Widersprüche nach der Meinung Himmlers durchaus in die Form eines Kompromisses gekleidet werden konnten, der in Wahrheit aber nur Scheincharakter trug. Für das Unternehmen sollten einerseits „alle seriösen Leute, die es überhaupt auf diesem Gebiet gibt“, zur Mitarbeit gewonnen werden<sup>172</sup>, andererseits verfügte Himmler, daß „nur der wirklich notwendige Teil der Forschung durch Neuorganisation und Neuansatzung von Menschen“, also durch Neuanwerbung „seriöser Leute“, durchgeführt werde<sup>173</sup>. Das Problem der Finanzierung erwies sich denn ob solcher unklaren Konzeption in der Tat auch als das schwierigste; während einige „Ahnenerbe“-Funktionäre eine besondere Beihilfe von der renommierten Deutschen Forschungsgemeinschaft erhofften<sup>174</sup>, erwogen andere, „zur Verbilligung“ die wissenschaftlich zweifelhafte „Deutsche Akademie zur Pflege des Deutschtums“ oder auch nur einige Bibliothekare und Archivare einzuschalten<sup>175</sup>. Begonnen wurde die Arbeit schließlich ohne besonderen materiellen und personellen Aufwand als ein Routineprojekt in der inzwischen von dem Dialektforscher Dr. Bruno Schweizer geleiteten Detmolder Abteilung für Germanenkunde<sup>176</sup>.

Eine weitere Möglichkeit zur Mehrung des wissenschaftlichen Ruhmes ohne große institutionelle und materielle Zugeständnisse erblickte das „Ahnenerbe“ damals in der Beteiligung an Forschungsreisen ins Ausland. Hier hatte Herman Wirth mit seinen beiden Expeditionen nach Skandinavien 1935/36 schon Präzedenzfälle geschaffen, deren rein wissenschaftliche Bedeutung seither jedoch mehr als fraglich geblieben war. Aus zwei Gründen erwies sich denn auch die Durchführung derartiger Expeditionen für das „Ahnenerbe“ bis zum Ausbruch des Krieges als problematisch: zum einen gab es nur wenige hochqualifizierte und somit unterstützungswürdige Forscher, zum anderen fehlte es selbst für diese oft an den notwendigen Geldern. Pläne zur Beteiligung an einer Vorgeschichtsexpedition nach Grönland<sup>177</sup> fielen ebenso ins Wasser wie die Absichten Himmlers, das „Ahnenerbe“ mit einer Reise in den Schwarzen Kontinent zu befassen<sup>178</sup>. Eine Forschungsreise des Sprachwissenschaftlers Schweizer nach Island stand stets nur auf dem Papier<sup>179</sup>; eine Fahrt des „Ahnenerbe“-Mitarbeiters von Grönhagen nach Finnland im Sommer 1937 war für die Forschungsgemeinschaft ohne Belang, da keine neuen Wissenschaftler

verpflichtet wurden<sup>180</sup>. Allein die Reise des Professors Altheim in den Vorderen Orient zur Ostgrenze des alten Römischen Reiches, auf der Altheim „wichtige Erkenntnisse für die Auseinandersetzung der Germanen, Illyrier und der iranischen Reitervölker mit dem semitischen Orient“ zu finden hoffte, wurde 1938 durch einen Beitrag von 6 800 RM, den letzten Endes die Kasse des Persönlichen Stabes, RFSS, fast völlig übernahm, vom „Ahnenerbe“ unterstützt<sup>181</sup>. Der Gewinn blieb nicht aus: Altheim, damals gerade für die Serie „Wald und Baum“ in Betracht gezogen, galt seitdem als einer der Stars unter den im „Ahnenerbe“ aufgehobenen Gelehrten.

Wie interessiert die „Ahnenerbe“-Funktionäre an Forschungsexpeditionen 1937/38 waren, zeigen ihre Bemühungen um den jungen Tibetspezialisten Dr. Ernst Schäfer. Dieser vielversprechende Wissenschaftler, Sohn eines einflußreichen Industriellen und Direktors des Gummikonzerns „Phoenix“ (Hamburg), war von Haus aus Ornithologe, hatte sich aber schon früh die Erforschung des damals kaum erschlossenen Tibet zum Ziel gesetzt. Nach dem Vorbild des großen Asien-Experten Wilhelm Fildner hatte er bereits 1930–32 als Student und dann wieder 1934–36 an den Tibetexpeditionen des Amerikaners Brook-Dolan teilgenommen, hatte darauf in Deutschland promoviert und bereitete 1937 seine nächste Fahrt vor, diesmal unter eigener Regie, um den tibetischen Berg Matschin im Gebiet des Gaurisankar zu erkunden<sup>182</sup>. Himmler gedachte, sich das Prestige des hoffnungsvollen Gelehrten für die SS zu sichern, und so nahm er Verbindung mit Schäfer auf und empfahl ihn Wüst und Sievers zur Förderung durch das „Ahnenerbe“. Der Umstand, daß Schäfer bereits als Student in Göttingen SS-Anwärter gewesen und überdies von Himmler aufgrund seiner Expeditionserfolge 1936 zum SS-Untersturmführer im Persönlichen Stab ernannt worden war<sup>183</sup>, erwies sich für eine Zusammenarbeit zwischen den „Ahnenerbe“-Funktionären und Schäfer als günstige Voraussetzung. Man besprach nun die Realisierung des nächsten Tibet-Projektes im Rahmen des „Ahnenerbes“ und unter der offiziellen Schirmherrschaft der Schutzstaffel. Als geistesgeschichtliches Motiv für die Beteiligung an der vorwiegend naturwissenschaftlichen Zwecken dienenden Angelegenheit führte Sievers den Wunsch Himmlers an, während der Expedition auch vorgeschichtliche und sprachwissenschaftliche Fragestellungen berücksichtigen lassen zu wollen<sup>184</sup>. Schäfer, der damals als „begeisterungsfähiger junger Mann“ dem Nationalsozialismus bestimmt nicht ablehnend gegenüberstand<sup>185</sup>, andererseits aber aufgrund seiner Erfahrungen im Ausland und seiner internationalen Beziehungen viel zu sehr Kosmopolit war, als daß er eine vorschnelle Überbewertung nationaler Parolen gutgeheißen hätte, will das „Ahnenerbe“ Himmlers wegen seines pseudo-wissenschaftlichen Rufes mit Skepsis betrachtet haben<sup>186</sup>. Gleichwohl ließ er sich davon überzeugen, daß in Zeiten nationaler Diktatur die Unterstützung des Reichsführers-SS bei Forschungsreisen ins Ausland eine der Bedingungen für das Gelingen derartiger Vorhaben überhaupt darstellte. So zogen sich die Verhandlungen mit dem „Ahnenerbe“ in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 hin. Es ergaben sich jedoch bald persönliche Spannungen zwischen Schäfer einerseits und Sievers und Wüst andererseits, deren Ursachen heute sowohl in der diffizilen Persönlichkeit des ehrgeizigen Schäfer als auch in dem schematischen Machtdenken der „Ahnenerbe“-Leiter zu suchen sind<sup>187</sup>. Hinzu kamen dann scheinbar unlösbare Schwierigkeiten bei der Finanzierung — für das „Ahnenerbe“ war es das altbekannte Problem. Die Forschungsreise, so hatte man

errechnet, würde etwa 60 000 RM kosten<sup>188</sup>. Es stand von vornherein fest, daß weder das „Ahnenerbe“ noch die SS als Ganzes die Gesamtsumme würden tragen können. Himmler konnte höchstens versuchen, seinen Einfluß bei stiftungswilligen Mäzenen und, sobald Gelder zugesagt waren, bei der Devisenbeschaffung geltend zu machen. Aber – welche Ironie! – das erwies sich dann doch nicht mehr als notwendig; dies eine Mal nämlich wurde ein Protegé Himmlers in die Lage versetzt, selbst für die Bereitstellung der Mittel zu sorgen. Schäfer vermochte dies dank persönlicher Beziehungen und des ihm eigenen liebenswürdigen Charmes wider alles Erwarten ohne fremde Hilfe<sup>189</sup>. Bevor die Expedition Schäfers im April 1938 auf dem Lloyd-Schnelldampfer „Gneisenau“ von Hamburg aus nach Indien startete, hatte sich das „Ahnenerbe“ von dem Unternehmen längst distanzieren müssen, weil, wie Sievers offiziell im Januar verlauten ließ, die Aufgabenstellung der Expedition sich mittlerweile „von der Zielsetzung des Reichsführers-SS entfernt“ hätte und wegen der „im Fernen Osten herrschenden politischen Verhältnisse“. Der wahre Grund jedoch war das Fehlen der notwendigen Gelder<sup>190</sup>. Das Prestige ließ Himmler sich dennoch nicht nehmen: die Forschungsreise lief unter dem Titel „SS-Expedition Schäfer“; zwar wurde sie nun ganz vom Werberat der Deutschen Wirtschaft und aus privaten Mitteln finanziert, aber Himmler bezahlte immerhin den Rückflug<sup>191</sup>. Aus diesem symbolischen Akt des Reichsführers-SS konnten Sievers und Wüst allerdings keinerlei Kompetenzen für ihr „Ahnenerbe“ ableiten; mochte Himmler selbst auch sein Gesicht gewahrt haben, seinem Verein war diesmal einer der größten Fische aus dem Netz geschlüpft.

Da bewies das „Ahnenerbe“ bei der Übernahme der SS-Grabungen etwa um die gleiche Zeit schon eine glücklichere Hand. Was die Prähistoriker der SS, innerhalb zweier verschiedener Dezernate organisiert<sup>192</sup>, auf dem Gebiet der Vorgeschichte in der Zeit von 1935 bis 1938 geleistet hatten, war zumindest äußerlich imponierend. Schon 1934 hatte Himmler als Vorstand der „Externsteine-Stiftung“ die Exkavationen des Münsteraner Professors Julius Andree an den Externsteinen patronisiert<sup>193</sup>, bevor die SS im Mai 1935 mit ihrem ersten prähistorischen Projekt auf der Erdenburg bei Bensberg/Köln debütierte<sup>194</sup>. In der Folgezeit grub sie unter der örtlichen Leitung Schleifs<sup>195</sup> bei Altchristburg in Ostpreußen eine mächtige Befestigung von dreißig Morgen aus; dabei wurden, einer späteren Darstellung Himmlers zufolge, „fünf gotische und frühgermanische Schichten“ ans Tageslicht gebracht<sup>196</sup>. Seit Ende 1936 untersuchte der Prähistoriker Prof. Dr. Gustav Riek von der Universität Tübingen den größten vorgeschichtlichen Grabhügel Süddeutschlands, den Hohmichele bei Hundersingen, 20 km östlich von Sigmaringen; im Mai 1937 meinte Riek „das Stadium der Fündigkeit“ bereits erreicht zu haben<sup>197</sup>. Im August adoptierte Himmler auch die Grabungen Professor R. R. Schmidts in den Mauerner Weinberghöhlen, im Altmühltal zwischen Donauwörth und Ingolstadt. Die Erdarbeiten wurden von einem Kommando damals noch illegaler österreichischer SS verrichtet – Dr. Rolf Höhne fungierte als „Inspekteur“<sup>198</sup>. Höhne, im Frühjahr 1937 vom RuSHA zum Persönlichen Stab versetzt, grub überdies im Sommer 1937 in der Umgebung Quedlinburgs, etwa auf der Roßtrappe bei Scharzfeld (Harz), und suchte dabei vermutlich nach den verlorengegangenen Überresten Heinrichs I.<sup>199</sup>. Tatsächlich will er sie dann auch gefunden haben; jedenfalls wurden die „in wissenschaftlicher Forschung nachgewiesenen Gebeine“ des ersten deutschen Königs, ob authentisch oder nicht, zur Wiederkehr des Todestages Heinrichs am

2. Juli 1937 in der Quedlinburger Gruft beigesetzt<sup>200</sup>. Daß Höhne dabei kein gutes Gewissen gehabt haben dürfte, geht daraus hervor, daß ein Anthropologe des RuSHA bemüht werden mußte, um den vermeintlichen Schädel Heinrichs anthropologisch zu untersuchen<sup>201</sup>. Und noch 1938 sah sich Höhne nicht in der Lage, dem renommierten Mediävisten Carl Erdmann mitzuteilen, wo die Gebeine Heinrichs nun zu guter Letzt gefunden worden seien<sup>202</sup>. Erdmann veröffentlichte 1941 einen fundierten Aufsatz, der den Geschichtsthesen der SS zuwiderlaufen mußte; er wies nach, daß es sich bei Heinrichs Grabstätte aller Wahrscheinlichkeit nach um ein sog. Heiligengrab handelte<sup>203</sup>. Höhne hatte indessen auch im Herbst 1937, nach der „Beisetzung“ Heinrichs, weitergegraben<sup>204</sup>; gewiß hoffte er weiterhin, die Gebeine „gefolterter und zu Tode gequälter Menschen“, Zeitgenossen Heinrichs I., zu finden, die, nach Himmler, als Opfer „politisierender Würdenträger“ in der Gegend um Quedlinburg ehelos verscharrt worden waren<sup>205</sup>.

Man mag diesen Harzer Grabungen aus wissenschaftlichen Gründen heute skeptisch gegenüberstehen – außer ihnen waren sonst nur noch das Andreesche Unternehmen an den Externsteinen und Himmlers Untersuchung im „Sachsenhain“<sup>206</sup> suspekt –, die anderen Projekte halten der fachlichen Prüfung stand<sup>207</sup>. Das gilt in besonderem Maße für das prominenteste Grabungsvorhaben der SS bis 1938: die Freilegung des frühmittelalterlichen Handelszentrums Haithabu nahe der dänischen Grenze, südlich der heutigen Stadt Schleswig. Der Leiter dieses wahrhaft verdienstvollen Werkes war der Kieler Privatdozent Dr. Herbert Jankuhn, ein Schüler Max Eberts und persönlicher Freund Alexander Langsdorffs<sup>208</sup>. Jankuhn, vom Wiegandschen Archäologischen Institut des Deutschen Reiches in Berlin gefördert<sup>209</sup>, befaßte sich bereits seit 1930 mit dem Haithabuer Projekt; schon 1934, als Hans Reinerth seinen Anspruch auf Kontrolle der gesamtdeutschen Vorgeschichte zu festigen begann, brachte er die Grabung formal unter des Reichsführers persönliche Schirmherrschaft<sup>210</sup>. Ein weiterer Grund für diesen Schritt ist darin zu sehen, daß das Projekt bisher nicht ausreichend finanziert worden war<sup>211</sup>. Als Reinerths Machenschaften nicht nachließen, begab sich Jankuhn, angeblich im Einvernehmen mit Langsdorff, 1937 gänzlich unter Himmlers „Schutz“<sup>212</sup>. Dadurch erhöhte sich nicht nur die finanzielle Sicherheit, sondern der Gelehrte gewann überdies Rückenstärkung im Verkehr mit den zuständigen Behörden. Himmler erklärte sich Ende 1937 nämlich bereit, beim Erwerb zusätzlichen Grabungsterrains, hauptsächlich bäuerlichen Ackerlandes, seinen Einfluß im Reichserziehungsministerium geltend zu machen, damit das Unternehmen Haithabu „auf eine sehr viel breitere Basis“ gestellt würde<sup>213</sup>.

Als Himmler Anfang 1938 befahl, sämtliche Grabungen der SS seien von nun an im „Ahnenerbe“ weiterzuentwickeln<sup>214</sup>, erhielt die wissenschaftliche Arbeit der Forschungsgemeinschaft einen ungeheuren Auftrieb. Allein die Persönlichkeit Herbert Jankuhns, des damals schon weithin bekannten Gelehrten, genügte, gerade die Funktionäre des Vereins mit Stolz und Hoffnung für die Zukunft zu erfüllen. Sievers schrieb denn auch sogleich an die ehrwürdige „Ahnenerbe“-Patronin Mathilde Merck, man gedächte, künftig „vor allem“ die Haithabuer Grabung fortzusetzen<sup>215</sup>. Vorher mußte jedoch noch eine Personaländerung vorgenommen werden. Der bisherige Leiter des SS-Grabungswesens im Persönlichen Stab, Dr. R. Höhne, erschien Wüst und Sievers aus wissenschaftlichen Gründen als suspekt; er galt ihnen, wie der Prähistoriker Assien Bohmers später vor dem Nürnberger Militärgerichts-

hof erläuterte, als Vertreter der „damals modernen Schwindelwissenschaft“ à la Herman Wirth<sup>216</sup>. In einer gelehrten Gesellschaft, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen wollte, konnte deshalb seines Bleibens nicht länger sein. Im Mai 1938 wurde Höhne seiner Stellung als Leiter der „Ahnenerbe“-Forschungsstätte „Ausgrabungen“ enthoben, kurzfristig auf eine andere Abteilung abgeschoben und schließlich stillschweigend fallengelassen<sup>217</sup>. Sein Nachfolger in der Vorgeschichte wurde der inzwischen zum Professor avancierte Langsdorff-Freund Dr. Hans Schleif, der ohnehin seit 1935 einen unteren Führerrang im Persönlichen Stab des Reichsführers-SS bekleidete.

Unter der kundigen Leitung Schleifs und mit Herbert Jankuhn als wissenschaftlichem Paradepony entwickelte sich die Pflegstätte für Ausgrabungen in der Folgezeit zur interessantesten Abteilung des „Ahnenerbes“, zumindest bis zum Ausbruch des Krieges. Weitere namhafte Wissenschaftler wurden angeworben, darunter der Pollenanalytiker Dr. Ernst Schütrumpf, der im Rahmen der neuen Abteilung alle anfallenden Grabungsergebnisse chemisch und mikroanalytisch zu untersuchen hatte<sup>218</sup>. Spezialisten wie Schütrumpf unterstützten die Grabungsleiter bei ihren individuellen Projekten, so Bohmers, der wie bisher die Mauerner Weinberghöhlen untersuchte, und Schleif selbst, der sich während des Sommers die Ausgrabung vorgeschichtlicher Reste am sog. Kriemhildenstuhl bei Bad Dürkheim zum Ziel setzte<sup>219</sup>. Jankuhn, wenngleich aus Gründen der Opportunität damals schon SS-Führer im Persönlichen Stab, demonstrierte wahres und über alle nationalen Grenzen erhabenes wissenschaftliches Ethos, indem er zur Haithabuer Grabung, der durch das „Ahnenerbe“ endlich wieder feste finanzielle Mittel zur Verfügung standen, neben deutschen auch dänische, schwedische und finnische Gelehrte hinzuzog. Als Wissenschaftler alter Schule ging er von der richtigen Erkenntnis aus, daß gerade in Haithabu außer dem Reich „auch die skandinavischen Länder ein Interesse an den Fragen haben würden“<sup>220</sup>. In der Tat trugen die Ausländer wesentlich zu den Grabungserfolgen der nächsten Monate bei. Ihre Leistungen bestanden zumeist in der Lokalisierung und historischen Einordnung von spätgermanischen Hügelgräbern. So datierte der Schwede Dr. Arbman den seit langem mysteriösen „Königshügel“; der Däne cand. mag. Skovmand klärte das Dunkel um ein anderes wichtiges Hügelgrab auf<sup>221</sup>. Für diese Arbeiten in Haithabu wurden im Rechnungsjahr 1938/39 25 000 RM veranschlagt, das waren 38,5 Prozent des Gesamtaufwandes (65 000 RM) für alle in dieser Zeitspanne geplanten Grabungen<sup>222</sup>. Daraus allein mag man den Wert des Haithabuer Unternehmens für die Forschungsgemeinschaft ersehen, insbesondere dann, wenn man bedenkt, daß die Haithabuer Summe den höchsten, auf ein einzelnes Forschungsobjekt bezogenen Posten darstellte, bei einem damaligen Gesamtetat von annähernd 700 000 RM jährlich<sup>223</sup>.

So verfügte Heinrich Himmler bis zum Jahreswechsel 1938/39 denn tatsächlich über ein nicht geringes Aufgebot an Wissenschaftlern, die sich aus unterschiedlichen Motiven und mit individuellen Vorstellungen von ihren Aufgaben im „Ahnenerbe“ zusammengefunden hatten. Mithin wäre es völlig verfehlt, sie als einen einheitlichen Kader zu kennzeichnen<sup>224</sup>. Trotz aller charakterlichen und fachlichen Differenzen hatten sie jedoch eines gemeinsam: als oberste Instanz wachte über sie der Chef der Schutzstaffeln, zu deren Nutzen auch die Besten unter ihnen künftig im politischen Einsatz stehen würden. Erst der Krieg sollte zeigen, bis zu welchen Extremen dieser Begriff „Einsatz“ sich noch dehnen ließ.

#### 4. Räumliche und thematische Verzweigung

Mit der Aufnahme der Abteilung „Grabungen“ in das „Ahnenerbe“ verstärkte sich die Dezentralisation: die Grabungsstätten waren im ganzen Reich zerstreut. Ursprünglich hatten die Reichsgeschäftsführung und Herman Wirths Pflegstätte für Schrift- und Sinnbildkunde dem „Ahnenerbe“ einen natürlichen Schwerpunkt in Berlin verliehen, der einen weiteren organisatorischen Ausbau des Vereins unter normalen Bedingungen hätte begünstigen müssen. Denn abgesehen davon, daß Berlin das politische und kulturelle Zentrum des Dritten Reiches war, hatte hier ja auch Vereinskurator Heinrich Himmler seinen Amtssitz. Aber schon im Herbst 1936 wurde das Bild organischer Einheit zerstört, als Walther Wüst seine Abteilung für Wortkunde in München einrichtete und die Teudsche Pflegstätte in Detmold zu der gerade ein Jahr alten Forschungsgemeinschaft stieß. Danach war der zentrifugale Prozeß nicht mehr aufzuhalten. Das „Ahnenerbe“ ward einer riesigen Spinne gleich, deren Leib in Berlin ruhte, deren Glieder aber bis an die Grenzen des Reiches heranragten, in völliger Isolierung voneinander. Überall machte die Forschungsgemeinschaft mit der Zeit ihre Zweigstellen auf: in Frankfurt am Main saß Heinrich Harmjanz, in Kiel Herbert Jankuhn, im Fränkischen Jura Assien Bohmers, im Lippischen Bruno Schweizer. Daß diese Entwicklungstendenz sich für das „Ahnenerbe“ destruktiv auswirken könnte, weil seine Leiter Gefahr liefen, die Übersicht zu verlieren, schien Himmler kaum zu beunruhigen. Ihm ging es darum, überall dabei zu sein, nicht übergangen zu werden. Die Intensität, mit der die parteiinternen Diadochenkämpfe des Dritten Reiches ausgetragen wurden, verlangte, daß Himmler seinen Rivalen bei der willkürlichen Ausdehnung des regionalen Machtbereiches möglichst zuvorkam, gerade auf dem weiten Feld der weltanschaulich gelenkten Kultur. Hier aber war, als Machtinstrument der SS, das „Deutsche Ahnenerbe“ zuständig. Himmlers Überlegung nach dem Anschluß Österreichs an das Reich, „daß es für die Arbeit des ‚Ahnenerbes‘ von unschätzbare[r] Bedeutung sein würde, sich auch in der Ostmark des Reiches zu verankern“<sup>225</sup>, war daher, von diesem Blickwinkel aus, nicht ganz logisch. Was er wirklich meinte, war, daß es für die Position des Reichsführers-SS in der neugewonnenen Ostmark von Bedeutung sein würde, dort das „Ahnenerbe“ zu verankern.

Des „Ahnenerbes“ Vertrauensmann in der Ostmark war der damals in Kiel lehrende Wiener Altgermanist Prof. Dr. Otto Höfler, der den Vereinsfunktionären im April 1938 einen Bericht über in Frage kommende Kandidaten lieferte<sup>226</sup>. Für den Anfang sah die „Ahnenerbe“-Leitung schließlich den Wiener Kunsthistoriker, Graphiker und Maler Professor Emerich Schaffran als Vorstand der Zweigstelle in der Ostmark vor. Schaffrans Manuskript über die oberitalienischen Langobarden wurde gerade von den Funktionären für eine Veröffentlichung in der Reihe C („Volkstümliche Schriften“) der „Ahnenerbe“-Schriftenreihe in Betracht gezogen, was dazu beitrug, den Autor in der Forschungsgemeinschaft interessant zu machen. Doch wieder wurde die ganze Planung des „Ahnenerbes“, diesmal für den Bereich der Ostmark, aus finanziellen Gründen erschüttert. Noch im Mai stand Himmler für die Errichtung der neuen „Außenstelle Süd-Ost“ ein Betrag von 250 000 RM zur Verfügung<sup>227</sup>, der vermutlich aus dem Vermögen des aufzulösenden „Salzburger Universitätsvereins“ herrührte<sup>228</sup>. Im Juli hieß es, das „Ahnenerbe“ habe den Betrag laut einer „persönlichen und deshalb nicht zu erörternden Entscheidung des

Führers“ wieder abgeben müssen<sup>229</sup> – und zwar auf Kardinal Innitzers Intervention hin an die katholischen Instanzen Salzburgs<sup>230</sup>. Als Folge dieser konfusen Finanzpolitik büßte Schaffran zu seinem Leidwesen das anfangs auf 450 RM monatlich bemessene Abteilungsleiter-Gehalt wieder ein<sup>231</sup>; seine Wiener Forschungsstätte für germanische Kunst, ohne erkennbare Legitimierung durch das „Ahnenerbe“ seit dem 15. Mai 1938 aktiv<sup>232</sup>, war spätestens bis zum Ende des Jahres aufgelöst.

Es ist jedoch sicher, daß Schaffran nicht nur aus wirtschaftlichen Motiven vom „Ahnenerbe“ im Stich gelassen wurde. Die Witwe Schaffrans schreibt heute, zwischen ihrem Mann und den „Ahnenerbe“-Leitern hätten sich beizeiten „wissenschaftliche Differenzen“ ergeben, die auf der Weigerung Schaffrans beruht hätten, der Aufforderung Wüsts und Sievers’ nachzukommen, in der Forschung „Frühchristliches als germanisch zu bezeichnen“<sup>233</sup>. Diese Erklärung vermag im Lichte der Arbeiten Schaffrans, die gerade eine überaus große Sympathie des Verfassers für alles Germanische auf Kosten des Christlichen erkennen lassen, den Kern der Wahrheit auch nicht recht zu treffen. Vielmehr muß angenommen werden, daß Wüst und Sievers in Schaffran beizeiten einen Wissenschaftler zweiten Grades erkannten. Denn der Gelehrte publizierte im September 1938 ausgerechnet in der Zeitschrift *Germanien* einen Aufsatz, in dem er den sog. Schatzfund von Szirak als ostgotisch bezeichnete und stilistisch um 450 n. Chr. datierte<sup>234</sup>. Es dauerte nicht lange, da stellte sich heraus, daß Schaffran auf den berüchtigten deutschen Kunstfälscher Marwitz hereingefallen war<sup>235</sup>; damit aber hatte der Wiener sich bei der SS Heinrich Himmlers für immer wissenschaftlich disqualifiziert. Der Umstand, daß sich die (vertraglich geregelte!) Drucklegung des Schaffranschen Buches *Geschichte der Langobarden* in der „Ahnenerbe“-Schriftenreihe 1938 nicht mehr aufhalten ließ, war für die Forschungsgemeinschaft um so peinlicher<sup>236</sup>. Schon im Juli fragte Sievers deshalb einen anderen Wiener Kunsthistoriker, den Leiter des Kunsthistorischen Instituts für Denkmalpflege, Prof. Dr. Karl Ginhart, ob er bereit sei, unter der Thematik „Germanentum und Christentum“ einen Forschungsauftrag des „Ahnenerbes“ über Kunst und Kultur der iro-schottischen Mission zu übernehmen<sup>237</sup>.

Zum Leiter einer „Ahnenerbe“-Abteilung für germanische Kunst avancierte jedoch auch Ginhart nicht. Es hatte den Anschein, als ob das Wirkungsfeld der Forschungsgemeinschaft in der Ostmark nur auf einige wenige Gebiete beschränkt bleiben würde; lediglich die Unternehmungen in Salzburg florierten zu Anfang. Hier hatte ein Vertreter Sievers’ aus der Reichsgeschäftsführung sein Quartier als „Verwaltungsführer Süd-Ost“ aufgeschlagen; hier baute Richard Wolfram seit September 1938 die Abteilung für germanisch-deutsche Volkskunde auf<sup>238</sup>. Wolfram war schon in Höflers Gutachten positiv beurteilt worden<sup>239</sup>; so erhielt er gleich zwei nebenamtliche Mitarbeiter bewilligt, darunter den Benediktiner-Pater Romuald Pramberger, der sich als Laienforscher und Sammler volkskundlichen Materials von seinem Stift St. Lambrecht aus reiche Erfahrungen im Umgang mit dem Volke angeeignet hatte<sup>240</sup>.

Immerhin sieht es so aus, als sei das „Ahnenerbe“ bei der Inangriffnahme seines österreichischen Vorhabens bestrebt gewesen, wenn auch nicht die räumliche, so doch wenigstens die thematische Einheit zu bewahren; denn sowohl Schaffrans als auch Wolframs Abteilung lagen auf der traditionellen Linie der germanischen Kul-

turwissenschaft, die bisher im „Ahnenerbe“ eingehalten worden war, wengleich nach Einführung der Naturwissenschaften nur mühsam, unter Berufung auf objektiv sehr fragwürdige Sinnzusammenhänge. Aber der Anschein erweist sich als trügerisch, sobald man das Gesamtbild betrachtet. Zur administrativen Dezentralisation trat nämlich jetzt auch die inhaltliche, ohne daß von irgend jemandem, einschließlich Himmlers selbst, der offenkundige Versuch unternommen worden wäre, thematische Abweichungen sinnvoll zu motivieren. Seit 1937 entwickelten sich die naturwissenschaftlichen Forschungszweige im „Ahnenerbe“ in einem derartigen Ausmaß, daß man Ende 1938 beim besten Willen nicht mehr von einem germanenkundlichen Kulturinstitut, ja noch nicht einmal mehr von einer geisteswissenschaftlichen Forschungsgemeinschaft sprechen konnte, wenn man das noch in der zweiten Satzung proklamierte Ziel im Auge behielt, „Raum, Geist und Tat des nordischen Indogermanentums zu erforschen“<sup>241</sup>. Doch nach Himmlers wissenschaftlichem Selbstverständnis stellte die Erweiterung und Neuangliederung von naturwissenschaftlichen Pflegestätten keine Entfremdung von dem ursprünglichen Ziel dar. Denn einerseits hatte Himmlers organizistisches Prinzip gewisse Neuerungen wie die Welteislehre ohnehin schon rechtfertigen können, andererseits aber beweist gerade das Beispiel der Verwurzelung des „Ahnenerbes“ in Österreich, daß der politische Alltag dem Reichsführer-SS eine immer großzügigere Auslegung jener anfänglichen Zielsetzung diktierte. Im Zeitalter des drohenden Kriegsausbruches – Hitler hatte im Herbst 1938 gerade das Münchener Abkommen unterzeichnet – war eben auch die Beschäftigung mit Problemen der Technologie, von deren Lösung letztlich die Kriegführung abhängen konnte, mit „Raum, Geist und Tat des Indogermanentums“ nicht unvereinbar.

Die Vergrößerung des naturwissenschaftlichen Sektors bewirkte jedoch neben der thematischen Heterogenität auch eine größere qualitative Auffächerung. Die Tendenz des „Ahnenerbes“ zum Dilettantischen steigerte sich nun im Bereich der Naturwissenschaften im umgekehrten Verhältnis zu den Geisteswissenschaften, die, nach Wirths Fall, an Gehalt stetig zunahmen. Diese wissenschaftliche Zweigleisigkeit war 1938 für das „Ahnenerbe“ schon geradezu typisch.

Der tiefere Grund dafür ist im Charakter des nationalsozialistischen Regimes selbst zu suchen. Wie in jeder totalitären Diktatur wurden auch im Dritten Reich die Naturwissenschaften gegenüber den Geisteswissenschaften vom Staat bevorzugt. In Hitlers Reich war dies schon deshalb der Fall, weil der Führer kurz nach 1933 mehr oder weniger heimlich mit der deutschen Wiederaufrüstung begann und Naturwissenschaftler und Techniker überall benötigt wurden. So erhielt die gesamte naturwissenschaftliche Forschung, gemessen an den Erfordernissen kriegsbedingter Autarkie, letztlich politische Bedeutung, und zwar, wie der Physiker Pascual Jordan bereits 1935 schrieb, „sowohl durch die erhöhte Dringlichkeit, die damit allen wirtschaftlich-technischen Aufgaben erteilt wird, als auch durch die Fülle neuer Aufgaben, die – wie die Ersatzerfindung für Rohstoffe, die innerhalb des eigenen nationalen Machtbereiches fehlen – erst durch diese Umgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen neu entstehen“<sup>242</sup>. Da Naturwissenschaftler und Techniker von Staat, Universität und öffentlichen Forschungsgemeinschaften ständig umworben wurden, brauchten sie materiell auch keinerlei Mangel zu leiden: sie erhielten Forschungsstipendien und gute Besoldung. Selbst wenn sie aus persönlicher Überzeugung politisch nicht ganz linientreu waren, schadete ihnen das nicht, solange sie

sich in ihrem Fach als tüchtig und stets einsatzwillig bewährten und damit der politischen Bestimmung ihres Auftrages Rechnung trugen. Der Fall des jugendlichen Raketenforschers Dr. Wernher von Braun während des Krieges kann hierfür als eines der prominentesten Beispiele gelten. Bei Männern wie von Braun fiel also das Motiv des politischen „Schutzes“ und der wirtschaftlichen Unterstützung fort, das eine ganze Anzahl von Geisteswissenschaftlern dazu trieb, bei der einen oder anderen staatlichen oder parteiamtlichen Organisation Anlehnung und Förderung zu suchen, bei kleinstmöglichen weltanschaulichen Konzessionen.

Woher sollte nun das „Ahnenerbe“ qualifizierte Naturwissenschaftler holen, wenn jede Koryphäe, jeder Techniker, jeder Laborant bei Staat, Hochschule, Rüstungsindustrie oder gar der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin nicht nur Auskommen und großzügige Unterstützung erwarten durfte, sondern auch eine relative politische Immunität, sofern ihm daran gelegen war? Während es dem „Ahnenerbe“ nicht eigentlich schwerfiel, hochwertige Geisteswissenschaftler anzuwerben, die andernfalls vielleicht der völligen Isolation preisgegeben gewesen wären, vermochte es kaum einen Naturwissenschaftler zu kontraktieren, der auf die im Vergleich mit Industrie- und Staatsgehältern geringen „Ahnenerbe“-Beihilfen angewiesen gewesen wäre oder sonst der Protektion seitens der noch recht unbekanntenen Forschungsgemeinschaft Heinrich Himmlers bedurft hätte. Dies traf insbesondere auf die Kategorie der naturwissenschaftlichen Hochschullehrer zu. Da Himmler nun aber einmal naturwissenschaftliche Interessen im „Ahnenerbe“ zu verfolgen wünschte, mußte sich das „Ahnenerbe“ von Anbeginn zwangsläufig mit dritt- und viertklassigen Kräften begnügen, deren Gehabe oft an Scharlatanerie grenzte und die sonst im Reich geringe oder gar keine beruflichen Chancen besaßen. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß solche Schmalspur-Forscher, die sich zur Arbeit im „Ahnenerbe“ verpflichteten, in ihrer Zwielfichtigkeit den phantastischen Ambitionen des Reichsführers-SS wesensmäßig entgegenkamen. Es war nicht etwa so, daß sie, wie viele der Geisteswissenschaftler im „Ahnenerbe“, ihre wissenschaftliche Persönlichkeit bewußt in zwei Hälften gespalten hätten, von denen die eine aus opportunistischen Überlegungen heraus willens war, die lächerlichen Anregungen Himmlers scheinbar ernst zu nehmen, während die andere nach altem Brauch weiterforschte, als befände sie sich noch in einem freiheitlichen System.

Angeführt wurde die naturwissenschaftliche Pseudo-Forschung im „Ahnenerbe“ weiterhin von der nunmehr beträchtlich vergrößerten Berliner Abteilung für Wetterkunde<sup>243</sup>, zu der, nach der Übernahme der Grünwalder Sternwarte, im März 1938 die von Philipp Fauth geführte Forschungsstätte für Astronomie parallel entstand<sup>244</sup>. Da Fauth und Scultetus trotz andauernder Bemühungen<sup>245</sup> die von Himmler gewünschten „Beweise“ für die Welteislehre noch immer nicht zu erbringen vermochten, beschäftigten sie sich ersatzweise nach wie vor mit Sonnenbeobachtungen für langfristige Wettervorhersagen<sup>246</sup>, bastelten Versuchsmodelle für ein „Volksfernrohr“<sup>247</sup> nach dem Muster des populären „Volksempfängers“ und erklärten zivilisationsbedingte Katastrophen fachgerecht, wie etwa den „Hindenburg“-Zeppelinbrand 1937 durch die Wirksamkeit luftelektrischer Strömungen<sup>248</sup>.

Wie wenig Wüst und Sievers von diesen Dingen hielten, beweist ihr Versuch, dem Erz-Dilettanten Hans Robert Hörbiger, dem Himmler eine eigene Abteilung für Welteislehre im Rahmen des „Ahnenerbes“ versprochen hatte, zumindest in der Forschungsgemeinschaft endgültig das Handwerk zu legen, ein Unterfangen, das

schließlich von Erfolg gekrönt wurde. Hörbiger war seinem erklärten Ziel schon bedenklich nahe gekommen, denn im Juli 1937 fungierte er als zweiter Leiter der Abteilung für Wetterkunde in Berlin<sup>249</sup>. Selbst nachdem der Österreicher wegen offensichtlicher fachlicher Mängel im April 1938 schließlich in sein heimatliches Wien zurückgeschickt worden war, schien die von der pseudo-wissenschaftlichen Welteislehre ausgehende Gefahr für das „Ahnenerbe“ noch nicht gebannt. Im Sommer des Jahres druckte eine Fachzeitschrift für Astronomie eine recht günstige Besprechung der neuesten Auflage des Fauthschen Mondbuches ab, die wie geschaffen dazu war, Himmlers Ansprüchen auf Anerkennung gewisser zweifelhafter Disziplinen Auftrieb zu geben<sup>250</sup>; im Spätherbst des Jahres wurde in einem anderen Fachblatt auf die Möglichkeit des Bestehens von Eis im freien Weltraum hingewiesen und damit eine der wichtigsten Prämissen der Meteorologen akzeptiert<sup>251</sup>.

Von der Welteislehre aber schritt Himmler zu weiteren naturwissenschaftlichen Aufgabenstellungen für seinen Verein, ja 1938 war es für jeden Eingeweihten klar, daß das „Ahnenerbe“ sich fortan wahllos mit *jeder* wissenschaftlichen Angelegenheit identifizieren würde, sofern dies der Machtausweitung des Reichsführers-SS diene. Eine qualitative Einbuße ließ sich dabei für Fachleute wie Walther Wüst nur zu leicht vorausahnen, auf gewissen Gebieten war sie so gut wie sicher. Ende 1937 erbat Himmler von einem Mitarbeiter des „Ahnenerbes“ eine eingehende Prüfung des Wünschelrutenwesens als wissenschaftlicher Frage, da er beabsichtige, später einmal eine Abteilung für dieses Gebiet einzurichten<sup>252</sup>. Das geschah dann während des Krieges<sup>253</sup>. Die Mineralogie wurde Himmlers neuestes und liebstes Steckenpferd: Scultetus erhielt im März 1938 den Auftrag, österreichische Erzkommen nach den Gesichtspunkten der Welteislehre zu untersuchen<sup>254</sup>. Nach seinem Ausscheiden aus der Abteilung „Ausgrabungen“ übernahm Dr. Höhne kurzfristig die neugegründete „Ahnenerbe“-Pflegstätte für Geologie und Mineralogie<sup>255</sup>. In dieser Abteilung ließ Himmler sogleich zwei Wissenschaftler nach einer Methode fahnden, um Goldteilchen, die in mächtigen Sandschichten häufig zu finden waren, zu binden<sup>256</sup> – ein alter Traum Himmlers, den er sich vermutlich von seiner Lektüre über die Alchimie des Mittelalters bewahrt hatte. Zwischen Frühjahr und Herbst 1938 wurde im Zuge der Umgestaltung des Rasse- und Siedlungshauptamtes die Einordnung der ehemaligen karst- und höhlenkundlichen Abteilung des Rasseamtes in das „Ahnenerbe“ vorbereitet. Im Oktober besaß das „Ahnenerbe“ eine neue Abteilung für Karst- und Höhlenkunde, unter Dr. Steinhäuser, mit ihrem Hauptsitz in Salzburg<sup>257</sup>. Fünf Unterabteilungen bearbeiteten die folgenden Spezialgebiete: 1. Allgemeine Karst- und Höhlenkunde, 2. Geologie des Karstes und allgemeine Geologie, 3. Wehrgeologie, 4. Vor- und urgeschichtliche Höhlenkunde, 5. Paläontologie, 6. Anthropologie, 7. Höhlenvermessung<sup>258</sup>. Daß einige dieser Bereiche sowohl mit den Aufgaben der gerade gegründeten Abteilung für Mineralogie als auch mit den Kompetenzen der damals schon bestehenden Forschungsstätte für Ausgrabungen kollidieren mußten, schien Himmler nicht im mindesten zu stören. Für ihn war es die Hauptsache, er hatte seine Abteilungen, so zahlreich und so vielfältig wie möglich. Noch im selben Jahr rief er einen Vetter seiner Frau, den Botaniker Dr. Freiherr Philipp von Lützelburg, telegrafisch aus Brasilien nach Berlin zurück, um ihm die Leitung einer neu zu schaffenden botanischen Pflegstätte für 600 Mark Honorar monatlich anzutragen<sup>259</sup>. Eine Abteilung für Tiergeographie und Tiergeschichte und eine weitere „zur Überprüfung der

sogenannten Geheimwissenschaften“, wobei Himmler wahrscheinlich an die Schwarze Magie oder den Okkultismus dachte, waren geplant<sup>260</sup>.

Mittlerweile präsentierte sich das „Ahnenerbe“ als ein Konglomerat verschiedenster Disziplinen und Fachrichtungen; jeder wissenschaftliche Qualitätsgrad war vertreten: der angesehene Jankuhn war ebenso Mitglied dieser Forschungsgemeinschaft wie der zweifelhafte Kiss. War dies das Resultat planmäßiger Vorkehrungen oder das zufällige Ergebnis impulsiver Augenblickeinfälle? Stand Reichsführer-SS Himmler wirklich in jedem Falle hinter den Kulissen des Geschehens oder ließ er sich von heimlichen Drahtziehern an der Nase herumführen, von Leuten, die das „Ahnenerbe“ lediglich als das Vehikel ihres persönlichen Erfolges betrachteten und denen der Reichsführer so oder so nichts bedeutete, solange sie ihn um den Finger wickeln konnten? Welche Rolle hatten Sievers und Wüst in diesem Spiel der Kräfte übernommen, die der devoten Hausmeier eines ständig wachsenden wissenschaftlichen Imperiums oder die tatkräftiger Initiatoren, deren Einflüsterungen sich Himmler jederzeit gefügig zeigte? Nach welchen Maßstäben erfolgte der Ausbau des „Ahnenerbes“ überhaupt?

Einheitliche Maßstäbe gab es nicht. Vielmehr kreuzten sich bei der Erweiterung des „Ahnenerbes“ zwei verschiedene Organisationsprinzipien, von denen das eine aus der Gruppe um Sievers und Wüst, das andere aus dem engsten Kreis um Heinrich Himmler selbst herrührte. Für Sievers, den scharf kalkulierenden Technokraten, war die größtmögliche Ausdehnung des Vereins um der daraus resultierenden Machtfülle willen das wichtigste. Er strebte ein Wachstum des „Ahnenerbes“ auf allen ernst zu nehmenden wissenschaftlichen Gebieten an, um dadurch eine kulturelle Schlüsselstellung innerhalb der SS zu erreichen. Walther Wüst, der als Gelehrter von Ruf seit 1936 eine wissenschaftspersonelle Siebung nach qualitativen Normen betrieb – wenn nicht in den Natur-, so doch in den Geisteswissenschaften –, war an der Entwicklung des Vereins als einer gelehrten Gesellschaft interessiert; dieses Motiv ließ sich mit den machtpolitischen Absichten des Reichsgeschäftsführers risikolos vereinbaren. Wüst und Sievers arbeiteten also Hand in Hand. Daß das thematische Programm des „Ahnenerbes“ seit 1937 fortschreitend variiert wurde, störte weder Sievers noch Wüst, solange der Verein nach den Vorstellungen Sievers' fähig blieb, eine kulturpolitische Monopolstellung in der SS anzustreben und sich dabei dem Idealbild Walther Wüsts als einer künftigen akademischen Hochburg des Dritten Reiches näherte. Unter diesen Gesichtspunkten wurden Abteilungserweiterungen und -neugründungen nun aber nicht etwa planmäßig vorgenommen, sondern sie erfolgten je nach den sich gerade bietenden Möglichkeiten. Eine impulsiv gefällte Entscheidung Heinrich Himmlers, beispielsweise in Italien im Hinblick auf die Abteilung für Altertumskunde, trug zum Wachstum des Vereins ebenso bei wie eine sorgsam überlegte Anfrage des Reichsgeschäftsführers hinsichtlich des Aufbaues einer Forschungsstätte für Hausmarken und Sippenzeichen. Es war also nicht so, wie Sievers einem Außenstehenden im Dezember 1937 weismachen wollte, „daß hier alles auf ein weitgestecktes Ziel hin gerichtet wohl überlegt geschieht“<sup>261</sup>. Vielmehr trieb man eine systemlose, von Zufallsfaktoren abhängige Erweiterungspolitik, und als deren Folgen waren die bereits erwähnten Phänomene, kommunikationshemmende räumliche Verzweigung, thematisch bedingte Strukturunterschiede und qualitative Differenzierung unvermeidbar. Diese Uneinheitlichkeit aber stellte die Funktionsfähigkeit des „Ahnenerbes“ gerade in den Bereichen in Frage,

für die Sievers und Wüst ihren Verein hochzuzüchten gedachten: Kulturpolitik in der Schutzstaffel und Wissenschaft im Reich.

Himmler selbst schien als Organisator seit 1937, vielleicht gewitzt durch schlechte Erfahrungen mit dem sich autonom dünkenden Rasse- und Siedlungshauptamt, immer häufiger den Grundsatz *divide et impera* zu befolgen: bei einer manchmal recht wahllosen Verteilung der Kompetenzen unter verschiedenen SS-Ämtern gab es zwar mehr Überschneidungen, aber um so gefestigter war dann seine eigene Position, wenn er schließlich doch eingriff – und das tat er meistens.

Deswegen also machte Himmler keinerlei Anstalten, *sämtliche* kulturellen Anstrengungen der Schutzstaffel, die ohnehin alle vom Persönlichen Stab aus dirigiert wurden, in einer einzigen Zentralagentur wie dem „Ahnenerbe“ zusammenzufassen, selbst wenn dieser Verein in Kultur und Wissenschaft schon die meisten Befugnisse besaß. Eine Begründung für diese seine Aufsplitterungspolitik wollte Himmler selbst nicht geben. Durch seinen Verwaltungsführer, SS-Gruppenführer Pohl, ließ er Sievers Ende 1937 lediglich mitteilen, „daß er nicht unbedingt alles im ‚Ahnenerbe‘ vereinigen wolle, um nicht zu viele wichtige und wesentliche Dinge an einer Stelle zu konzentrieren“<sup>282</sup>. Und weiter ließ er verlauten, wenig verheißungsvoll: „Natürlich solle das ‚Ahnenerbe‘ ausgebaut werden und alles was in seinen Rahmen passe, auch in ihm eingefügt werden.“<sup>283</sup> Diese Erklärung brachte sowohl die Möglichkeiten als auch die Grenzen einer Zukunftsplanung für den Verein unter normalen Voraussetzungen in einer einzigen Formel zum Ausdruck; der anspruchsvollen Auffassung Sievers', daß das „Ahnenerbe“ schließlich „das Sammelbecken für alle kulturellen Bestrebungen des Reichsführers-SS sein müsse“<sup>284</sup>, ging sie geschickt aus dem Wege.

Was aber paßte 1938 noch nicht in den Rahmen der Forschungsgemeinschaft? An sich waren die Wirkungsbereiche der verschiedenen SS-Hauptämter bis zum Ausbruch des Krieges noch immer einigermaßen auseinanderzuhalten, wenn man von der allmählichen Desintegration und dem dann einsetzenden Funktionswandel des Rasse- und Siedlungshauptamtes einmal absehen will. Das SD-Hauptamt unter SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich befaßte sich hauptsächlich mit Nachrichtendienst und interner Gegnerbekämpfung, die Dienststelle „Verwaltungschef der SS“ unter Pohl überblickte die Abteilungen Haushalt, Zentralkasse, Personal, Recht und Prüfung. Das SS-Hauptamt, geführt von SS-Gruppenführer August Heißmeyer, war für die kasernierten SS-Verbände sowie (damals noch) für die Konzentrationslager und gewisse Aspekte der Schulung, etwa in den SS-Junkerschulen, zuständig. Der Persönliche Stab, RFSS, erfüllte unter Karl Wolff Adjutantendienste beim Reichsführer-SS und kümmerte sich überdies um diejenigen Angelegenheiten, an denen, laut Buchheim, „Himmler ein besonderes persönliches Interesse nahm“<sup>285</sup>; hier rangierten die Hauptabteilung „Auszeichnungen und Orden“, der sich um unehelich geborene Kinder sorgende Verein „Lebensborn“ und das „Ahnenerbe e. V.“.

Gleichwohl, im Hauptamt Persönlicher Stab, RFSS, dem sich das „Ahnenerbe“ seit 1936 nur allzu willig genähert hatte, lagen damals für die Forschungsgemeinschaft die Gefahren. Allein hier hatten neben dem Verein noch fünf andere Stellen ihren Sitz, die im Auftrage des Reichsführers-SS verschiedene kulturelle Aufgaben lösten. Ihre Kompetenzen ließen sich auch dadurch nicht beseitigen, daß Wüst und Sievers das „Ahnenerbe“ im Juli 1938 aus eigener Initiative zur „SS-Forschungsgemein-

schaft“ schlechthin zu erheben gedachten, um so ihrem Monopolanspruch sinnfälligen Ausdruck zu geben<sup>266</sup>. Das sog. Kulturreferat des Reichsführers-SS (später „Amt München“) unter SS-Sturmbannführer Prof. Dr. Diebitsch widmete sich ökonomisch nutzbaren künstlerischen Arbeiten, wie etwa Entwürfen von Emblemen und Mustern für die SS-Betriebe, so die SS-Porzellan-Manufaktur Allach<sup>267</sup>. Kulturreferent Langsdorff wirkte bis November 1938 als Abteilungsleiter im persönlichen Stab; erst dann lockerte sich seine Bindung zur SS<sup>268</sup>. Die „Gesellschaft zur Förderung und Pflege Deutscher Kulturdenkmäler e. V.“ kümmerte sich um „den Ausbau und die Pflege von verschiedenen historischen Bauwerken, an denen der SS, insbesondere Himmler selbst, aus ideologischen Gründen gelegen war“<sup>269</sup>, darunter anfänglich die Wevelsburg in Büren bei Paderborn (die später von einem eigens dafür geschaffenen Amt betreut wurde<sup>270</sup>), der Sachsenhain bei Verden, das „Glandorphaus“ in Lübeck (Fischstraße 34) und das „SS-Berghaus“ Bayrischzell in Oberbayern. Auch die Grabung Haithabu wurde anfangs finanziell von dieser Gesellschaft unterstützt<sup>271</sup>. Ferner existierte die schon erwähnte „Externsteine-Stiftung“, die als verantwortliche Stelle für den Ausbau des Volksheligtums auch dann noch weiter bestand, als Himmler Ende 1936 entschieden hatte, die *kulturelle* Betreuung der Felsen dem „Ahnenerbe“ zu überlassen. Als letzte Einrichtung sei hier die „König-Heinrich I.-Gedächtnisstiftung“ genannt, der die Erhaltung des Quedlinburger Domes ebenso oblag wie der Führungsdienst bei den dem Reichsführer heiligen Grabstätten<sup>272</sup>.

Innerhalb der sich ständig weiter aufgliedernden Hauptämter der Schutzstaffel erschien die Forschungsgemeinschaft zum Jahreswechsel 1938/39 als ein amorphes Gebilde, in dem sich die verschiedensten Strömungen zusammenfanden. Jeder verstand unter „Ahnenerbe“ etwas anderes, die Chance für einen einheitlichen Charakter war verspielt, eine geradlinige Zielsetzung konnte es nicht mehr geben. Die finanzielle Lage war noch immer ebenso unsicher wie der organisatorische Status, das wissenschaftliche Programm zeichnete sich durch extreme Qualitätsunterschiede aus, und der Mitarbeiterstab beherbergte Wissenschaftler aller Schattierungen. Lediglich in der Verwaltung, in der Reichsgeschäftsführung in Berlin-Dahlem, wurde ein eiserner Maßstab angesetzt. Hier hielt Wolfram Sievers das Heft in fester Hand; unter ihm hatte das „Ahnenerbe“ vielleicht noch Zukunft.